

# aufbau



klassenkampf  
frauenkampf  
kommunismus

# 57

mai/juni  
2009

fr. 3.-/euro 2.-  
[www.aufbau.org](http://www.aufbau.org)

**FRANKREICH**  
Interview zu den  
Unruhen

4

**ALLPACK** Streikrecht  
vor der Klassenjustiz

11

**KAPITAL** Von der  
ökonomischen zur  
politischen Krise

6/7

**LIDL** Bericht über den  
neueröffneten Billig-  
lohn-Discounter

8



Die Krise trifft uns alle...

Drehen wir den Spiess um!

## POLITISCHE GEFANGENE

**Freiheit für Ahmad Sa'adat**

Am 19. März 2009 wurde Ahmad Sa'adat plötzlich vom Haradim Gefängnis ins Asqelan Gefängnis verlegt, wo er sich seit dem in Isolationshaft befindet.



Ahmad Sa'adat, einer von 11'000 palästinensischen Gefangenen wurde wiederholt der Isolationshaft und Strafmassnahmen des israelischen Regimes ausgesetzt. Sa'adat wird zudem immer wieder von Gefängnis zu Gefängnis verlegt.

Gemäss seiner Anwältin Buthaina Duqmaq, Vorsitzende des Mandela-Instituts für die palästinensischen Gefangenen, seien diese Verlegungen fester Bestandteil der israelischen Politik gegenüber den Gefangenen. Auf Sa'adat wird die Isolationshaft und die dauernden Verlegungen besonders gezielt angewandt, da er einerseits ein palästinensischer Staatsführer ist und andererseits es ihm immer wieder gelingt, innerhalb der Gefängnismauern eine grosse und starke Einheit unter den Gefangenen zu erreichen.

Ahmad Sa'adat leidet unter einer Rückenverletzung, welche medizinische Aufsicht und Behandlung benötigt. Der israelische Staat gewährt ihm allerdings die dringend notwendige medizinische Versorgung nicht. Ahmad Sa'adat wurde zu einer 30-jährigen Gefangenschaft verurteilt, alleine aus dem Grund, dass er ein Führungsmittglied in der palästinensischen Regierung ist und natürlich ist es nicht nur Sa'adat, welcher einer solchen Situation ausgesetzt ist. Vielmehr steht er exemplarisch für viele politische Gefangene, darunter auch viele Kinder in den israelischen Folter-Knästen.

Für weitere aktuelle Infos: [www.sri-rhi.org](http://www.sri-rhi.org)

**Aufbau**  **Vertrieb**

An- und Verkauf proletarischer und kommunistischer Literatur

**BASEL**  
Bläsiring 86  
Donnerstags von 18 bis 20 Uhr  
E-Mail: [basel@aufbau.org](mailto:basel@aufbau.org)

**ZÜRICH**  
Kanonengasse 35  
(im Hinterhaus, Eisentreppe)  
Samstags von 11 bis 16 Uhr

## ZENTREN DES REVOLUTIONÄREN AUFBAU

**Zentrum vom Revolutionären Aufbau Basel**  
Bläsiring 86 (Parterre) in Basel  
Geöffnet jeden Donnerstag von 18 bis 20 Uhr

**Zentrum vom Revolutionären Aufbau Bern**  
Das Lokal, Mitte Zaunweg in Bern  
Jeden Mittwoch von 17 bis 19 Uhr

**Zentrum vom Revolutionären Aufbau Zürich**  
Meinrad-Lienertstrasse 15 in Zürich  
→ Infos im Aufbau-Vertrieb an der Kanonengasse 35 (Hinterhaus)  
jeden Samstag von 11 bis 16 Uhr

## IMPRESSUM

**Herausgeberinnen**

Revolutionärer Aufbau Zürich, Postfach 8663, 8036 Zürich  
Revolutionärer Aufbau Basel, Postfach 348, 4007 Basel  
Revolutionärer Aufbau Bern, Postfach 87, 3174 Thörishaus  
Revolutionärer Aufbau Winterthur, [winterthur@aufbau.ch](mailto:winterthur@aufbau.ch)

**Redaktion (red)**

Revolutionärer Aufbau Basel (rabs), Revolutionärer Aufbau Bern (rab),  
Revolutionärer Aufbau Winterthur (raw), Gruppe politischer Widerstand Zürich  
(gpw), Gruppe Arbeitskämpf Zürich (az), Arbeitsgruppe Antifa Basel (agafb),  
Arbeitsgruppe Antifa Zürich (agafz), Arbeitsgruppe Klassenkampf Basel (agkbb),  
Arbeitsgruppe Klassenkampf Zürich (agkzz), Arbeitskreis ArbeiterInnenkämpfe  
(akak), Arbeitskreis Frauenkampf (akfk), Frauen-Arbeitsgruppe (agf), Arbeitsgruppe  
Winterthur (agw), Rote Hilfe-AG Anti-Rep (rh-ar), Kulturredaktion (kur)

**Redaktion und Vertrieb Schweiz**

aufbau, Postfach 8663, 8036 Zürich, Fax 04 240 17 96, PC-Konto 80-33638-5  
Internet: [www.aufbau.org](http://www.aufbau.org), E-Mail: [info@aufbau.org](mailto:info@aufbau.org)

**2** aufbau nr. 57 – mai / juni 2009



Demonstration am 7. März 2009 in Zürich zum internationalen Frauenkampftag

**Editorial**

**A**bertausende demonstrieren gegen den Kapitalismus. Mehr noch werden insgeheim der Meinung sein, dass von der kapitalistischen Art des Wirtschaftens nichts Gutes zu erwarten ist. Dem Klassencharakter dieser Gesellschaft entsprechend trifft die Krise nämlich die Mehrheit der Gesellschaft am härtesten, die ausser Löhnen über keine materiellen Sicherheiten verfügt. Das ist offenkundig asozial. Umso notwendiger ist es, die Verhältnisse grundlegend zu ändern und den Spiess umzudrehen!

**I**n Bezug auf die Arbeit heisst das: Den Bossen klarmachen, dass mehr Arbeit für weniger Lohn auf Widerstand stossen wird. Wofür es mittlerweile Beispiele gibt: Allpack, Clariant und SBB Cargo... Statt Profite für die Bosse – Streik und Barrikaden bauen!

**I**n Bezug auf reaktionäre Mobilisierungen: Denen, die Feindbilder aufbauen, z.B. solche des Islams oder der «Ausländer», keinen Raum lassen. Allenfalls wäre reaktionären PolitikerInnen zu empfehlen, von maroder Politik auf marode Kultur umzusteigen: Statt scheinheiliger Einsatz für das Bankgeheimnis – Mörgeli und Maurer ab ins Dschungelcamp! In Bezug auf die herrschende Ideologie: Klarmachen, dass es sich bei der Krise um keine Naturkatastrophe handelt.

**I**n Bezug auf die Gesellschaft, in der wir leben: Auf das Dumme und Absurde der gegenwärtigen gesellschaftlichen Beziehungen verweisen. Eigentum, Monopol und Profit als Zweck des Wirtschaftens verhindern gesellschaftliche Innovationen und kollektive Lösungen – das hat Karl Marx überzeugend dargelegt. Darüber hinaus wird es leider von der traurigen Wirklichkeit Tag für Tag verdeutlicht. Statt kapitalistisches Eigentumsrecht und private Aneignung – Vergesellschaftung der Produktion jetzt sofort!

**Für neue Leserinnen und Leser**

Der aufbau ist die dreimonatlich erscheinende Zeitung des Revolutionären Aufbaus Schweiz. Sie schafft Öffentlichkeit für soziale Bewegungen, gibt Orientierung gegen die herrschenden Ideologien, ist internationalistisch und berichtet parteiisch aus den Bereichen Widerstand, Arbeitskämpfe, Frauenkampf, Migration, Antifaschismus, proletarischer Internationalismus, politische Gefangene, Aufstandsbekämpfung und Rote Hilfe.

Der aufbau will zu einer Stärkung linker Antworten beitragen auf die Widersprüche des gegenwärtigen Kapitalismus, auf weltweit wachsende Klassenwidersprüche, auf menschenfeindliche neoliberale Ideologie, auf Ressourcenknappheit und einen Aufschwung imperialistischer Kriege. Zu diesem Zweck zitiert der aufbau u.a. Karl Marx, gemäss dem die kapitalistische «Gesellschaft kein fester Kristall (ist), sondern ein umwandlungsfähiger und beständig im Prozess der Umwandlung begriffener Organismus». In diesen Umwandlungsprozess gilt es revolutionär einzugreifen zugunsten einer sozialistischen, perspektivisch kommunistischen Gesellschaft.

Auf deine kritische Meinung und aktive Beteiligung sind wir angewiesen. Schreib uns!

# USA - Auch mit Barack Obama auf Kriegskurs

**USA Die Obama-Euphorie war schnell verfliegen. Auch unter Präsident Obama wird die Krise ungeniert auf die Werktätigen abgewälzt. Aussenpolitisch setzt der neue Präsident die Kriegspolitik seines Vorgängers Bush fort.**

(rabs) Fliegen findet bekanntlich in der Luft und die Politik unter den gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen statt, die durch eine abgrundtiefe Krise des kapitalistischen Systems geprägt sind. Weder das Gesetz der Schwerkraft noch die Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung können durch einen Messias aufgehoben werden. Eine Feststellung, die sich während des Wahlkampfes von Barack Obama geradezu aufdrängte. Mit seinen Auftritten begeisterte er auch grosse Teile der proletarischen Massen und liess sie zumindest kurzfristig vergessen, dass eine gesellschaftliche Veränderung nicht eines vermeintlichen Heilbringers bedarf, sondern nur durch das Handeln der unterdrückten Klassen selber möglich wird.

## Die ArbeiterInnenklasse geht leer aus

Nach seinem Amtsantritt machte Barack Obama auch den letzten ZweiflerInnen klar, für welche Klasse er angetreten ist. Mit rund 2 Billionen (das sind 2000 Milliarden!) Dollar soll der angeschlagene Banken- und Finanzsektor hochgepöppelt werden. Weitere 789 Milliarden fließen in ein Konjunkturprogramm, mit dem die Wirtschaft angekurbelt werden soll. 36% davon werden als Steuererleichterungen des gehobenen Mittelstandes aufgewendet. Praktisch leer aus geht die von der Krise am meisten gebeutelte ArbeiterInnenklasse, die allein in den letzten 3 Monaten weitere 12 Millionen Arbeitslose in ihren Reihen zählt. Schlimmer noch, um diese Rettungspakete für das Kapital finanzieren zu können, werden die Renten und Gesundheitsprogramme wie Medicare und Medicaid gekürzt.



Demo gegen die Bankenrettung in New York

Die von Barack Obama neue geschaffene Kostenkontrollstelle für das Weisse Haus erscheint angesichts der billionenschweren Ausgaben der «Konjunkturprogramme» als schlechter Witz. Um was es dort geht, zeigt die Nominierung von Nancy Killefer, einer ehemaligen Direktorin der für Stellen- und Sozialabbau berühmten Unternehmensberaterfirma McKinsey & Co als Chefin dieser Kontrollstelle. Wie schon bei McKinsey sollte sie dafür sorgen, das die Budgets eingehalten resp. reduziert werden. Schwierigkeiten mit der Kontrolle des eigenen Budgets, sprich Steuerschulden, zwangen allerdings Frau Killefer zum umgehenden Rücktritt.

Ob Barack Obama eines seiner zentralen Wahlversprechen, die Reform des Gesundheitswesens, einlösen kann, ist mehr als ungewiss. Eine Selbstverständlichkeit hierzulande, die obligatorische Grundversicherung, lehnt er übrigens dezidiert ab. Derzeit versucht er, diese Reform dem Kapital als Wirtschaftskurbelung schmackhaft zu machen. Die mächtige Pharmedienlobby, die ihre Profite durch die Reform gefährdet sieht, wird er damit aber kaum überzeugen können. In den USA sind heute 46 Millionen Menschen nicht krankenversichert, allein in den letzten acht Jahren ist diese Zahl um 10 Millionen angestiegen. Und je mehr Menschen in den nächsten Monaten arbeitslos werden, umso höher wird die Zahl derer sein, die keinerlei Anspruch auf eine medizinische Grundversorgung haben. Wahrlich, weit hat es die kapitalistische «Zivilisation» in den USA gebracht!

## Eine reaktionäre Crew

In der Aussenpolitik setzt Barack Obama die Politik der Bush-Administration nahtlos fort. Um die Kontinuität der militärischen Aggressionspolitik zu untermalen, übernahm der neue US-Präsident den republikanischen



Immer mehr US-AmerikanerInnen verarmen und leben in Zeltstädten

Verteidigungsminister Robert Gates seines Vorgängers. Auch der neuen Aussenministerin Hillary Clinton geht der Ruf als Falkin voran. Sie gilt, genauso wie der Vizepräsident Joe Biden, als bedingungslose Unterstützerin des NATO-Überfalles auf die Bundesrepublik Jugoslawien. Dem Iran drohte sie im Falle eines Angriffs auf Israel die «totale Auslöschung» an.

Dem CIA und seinen reaktionärsten Exponenten scheint Obama besonders zugetan zu sein. Zu seinem Chefberater für Terrorfragen ernannt er den ehemaligen CIA-Mann John Brennan, der als Propagandist der Folter gilt und deshalb als neuer CIA-Direktor aus dem Rennen scheiden musste. Nach seinem Austritt aus dem CIA im Jahre 2005 leitete Brennan die Analysis Corporation, eine Tochterfirma der Global Strategies, die ihr Geld mit Beratung in der Terrorabwehr und dem Söldnerunwesen macht.

Die Schliessung von Guantanamo war daher schlicht ein propagandistischer Akt, der nicht mit der grundsätzlichen Abkehr von der barbarischen Folter verwechselt werden darf. Künftig wird die US-Regierung die völkerrechtswidrige Haft und die Folter einfach im weniger bekannten Internierungslager auf dem US-Stützpunkt Bagram in Afghanistan weiterführen. Ueber 650 Gefangene sind derzeit dort interniert, keineswegs nur in Afghanistan festgenommene Menschen. Diesen Folterknast will auch Barack Obama unter allen Umständen weiterführen, und wie in Guantanamo verweigert er den Inhaftierten jegliches rechtliche Gehör.

## Die Kriegsfrente wird ausgebaut

Die Kritik von Barack Obama am Irakkrieg war immer nur strategischer Natur, er hielt diesen Krieg schädlich für die Interessen des US-Imperialismus. Den Truppenabzug aus dem Irak hat bereits die Bush-Regierung beschlossen. Neu hingegen ist Obamas wilde Entschlossenheit, den Krieg in Afghanistan und Pakistan massiv auszuweiten.

Genauso wie sein Vorgänger Bush denkt auch Präsident Obama nicht daran, diese Strategie vorgängig mit den europäischen Mächten zu diskutieren. 17'000 weitere US-SoldatInnen und 4'000 militärische BeraterInnen sollen in den nächsten Monaten in den Hindukusch verlegt werden. Bevor diese Aufstockung angelaufen ist, fordert der US-General David Petraeus bei einer Kongressanhörung weitere 10'000 SoldatInnen an. Die Eskalation der Kriegspolitik des US-Imperialismus verschärft sich zusehends, da kann auch das charmante Lächeln des Präsidenten nicht darüber hinwegtäuschen.

Auch die von der Bush-Administration begonnenen Angriffe auf das pakistanische Grenzgebiet will Obama verstärkt fortsetzen. Unverhohlen setzt er damit Präsident Asif Ali Zardari das Messer auf die Brust, der sich zwischen der im Lande verhassten US-Hörigkeit und dem Entzug von Liebesdiensten, sprich Dollarsorgen entscheiden muss. Ein gefährliches Spiel, das ihn seinen Kopf kosten könnte. Doch Mister 10 Prozent, so sein Spitzname als hohlhändiger Ehemann der damaligen Präsidentin Benazir Bhutto, gehört zu jener Sorte Politiker, die selbst den eigenen Strick noch verscherbeln.

Eher bizarr mutet die Strategie Obamas an, in Afghanistan mit «moderaten Taliban» ins Gespräch zu kommen. Wer so spricht, verkennt völlig die Realitäten dieses von zahlreichen Stammesfür-

sten beherrschten Landes. Die Taliban sind in den letzten Jahren vor allem deshalb wieder erstarkt, weil sie es verstanden haben, einen Teil dieser Stammesfürsten, die zuvor die USA unterstützt haben, wieder auf ihre Seite zu ziehen. Und mit diesen Stammesfürsten hat es sich der US-Imperialismus und sein Hofnarr in Kabul, Präsident Karzai, schon lange verscherzt. Das ist auch der Grund, warum der Machtbereich Karzais vor den Toren seines Palastes aufhört.

## Obama hält sich den Rücken im Iran frei

Die Grussbotschaft von Präsident Obama anlässlich des Neujahrsfestes anfangs März an die Teheraner Regierung muss auch im Zusammenhang mit dem verschärften Krieg in Afghanistan gesehen werden. Zwar will Präsident Obama eine militärische nukleare Option des Iran nach wie vor militärisch zerschlagen. Nur kann er sich einen Viefrentenkrieg genauso wenig leisten wie sein Vorgänger Bush. Und er weiss auch, dass der Iran – genauso wie übrigens der Irak unter Saddam Hussein – nicht das geringste Interesse an den Taliban resp. an einem immer tiefer ins Chaos versinkende Afghanistan hat. So drängte die US-Regierung bereits Ende März auf die Teilnahme des Iran an der Afghanistan-Konferenz in Den Haag, wo sich der ehemalige Kosovo-Krieger und heutige US-Afghanistan-Beauftragte Richard Holbrooke mit dem iranischen Aussenminister Mehdi Achundshadeh traf. Der Iraner zeigte allerdings deutlich mehr Realitätssinn als sein amerikanischer Kollege. In seiner Konferenz-Rede bezweifelte er, dass mit mehr ausländischen Besatzertruppen Afghanistan sicherer würde.

## Lockerung der Embargo-Politik gegen Kuba

Offenbar steht eine Veränderung der US-Embargo-Politik kurz vor der Türe. Ausschlaggebend dafür ist aber nicht eine veränderte Haltung der Obama-Administration gegenüber fortschrittlichen Ländern wie zum Beispiel Kuba. Der Grund liegt vielmehr in der vom notabene republikanischen Vorsitzenden des Foreign Relations Committee, Richard Lugar, in einem Bericht dargelegten Auffassung, wonach die seit 47 Jahren betriebene Aushungerungspolitik gescheitert sei<sup>1</sup>. Ein weiterer Grund für eine veränderte US-Politik gegenüber Kuba dürfte auch die Wiederaufnahme der politischen Beziehungen Havannas zu Russland und Frankreich sein. Beides notorische Konkurrenten des US-Imperialismus, die die Hand nach seinem Hinterhof ausstrecken, was nicht nur dem texanischen Rowdy, sondern auch dem smarten Barack Obama missfällt.

<sup>1</sup> NZZ 14.3.09, Warten auf einen Wandel in Kuba



Illegale Migranten werden kriminalisiert und öffentlich erniedrigt

# Generalstreik, und nun?

**FRANKREICH Die Krise hat auch Frankreich fest im Griff. Während die Regierung von einem zu reformierenden Kapitalismus spricht, stehen immer mehr ArbeiterInnen und Angestellte auf der Strasse.**

(rabe) Zum Protest gegen die Politik der Regierung Sarkozy gab es dieses Jahr bereits zwei eintägige Generalstreiks. Wir hatten Ende März Gelegenheit mit einem AktivistIn zu sprechen.

**In Frankreich fanden in diesem Jahr bereits zwei eintägige Generalstreiks statt, über die hier zwar berichtet wurde, aber über die gesamte Situation in Frankreich erfährt man weniger. Wie sieht die Situation in Frankreich in der aktuellen Krise aus?**

■ Die Arbeitslosigkeit nimmt rasant zu: in den ersten beiden Monaten von 2009 haben sich zusätzlich je 80'000 bis 90'000 als arbeitslos angemeldet. Gegenüber dem Vorjahr ist nach den offiziellen Zahlen der Regierung die Arbeitslosigkeit um 19% höher, das entspricht mittlerweile knapp 2,4 Millionen Arbeitslose. Laut einer unabhängigen Studie, die auch Teilzeitarbeitslose mitzählt, sind in Frankreich über 3,5 Millionen Menschen als arbeitslos gemeldet. Das INSEE (institut national des statistiques et des études économiques) rechnet damit, dass von Januar bis Mai in Frankreich 386'0000 Stellen verschwinden.

Gleichzeitig versuchen Unternehmensleitungen, unter Berufung auf die Krise und die verschärfte Konkurrenz die Arbeitszeiten auszudehnen bei gleich bleibendem Lohn. Für besonderes Aufsehen hat die Schliessung eines Werks des Reifenfabrikanten Continental in Clairoux gesorgt, wo schon vor zwei Jahren die Wochenarbeitszeit erhöht worden ist mit der Angabe, damit würde der Verschiebung der Produktion nach Osteuropa vorgebeugt. Überall stellen die Patrons Prekarisierung des Arbeitsverhältnisses und die Steigerung der Ausbeutungsrate auf die Tagesordnung. Beim Thermostate-Hersteller PME in Grenoble, der den ArbeiterInnen ohne Prämien nicht einmal der Mindestlohn (rund 1300 Euro im Monat) ausbezahlt, hat der Direktor im März die Streichung des 13. Monatslohns angekündigt. Die Belegschaft hat sich wie auch im Fall von Continental gewehrt.

Verschärft werden die Probleme der Krise durch die Reformprojekte der Regierung Sarkozy. Diese führen zu Stellenabbau im Service Public. Jährlich werden zehntausende von Stellen nur schon im Bildungsbereich gestrichen. Gleichzeitig bewirken die Reformen Verschlechterungen, z. B. was den Zugang zur Gesundheitsversorgung oder eben zur Bildung betrifft. Im Bereich der Post, der Bahn, der Spitäler und der Bildung sind Protestbewegungen aktiv.

**Welche Rolle spielen die Gewerkschaften in der momentanen Bewegung?**

■ Die grossen Gewerkschaften haben sich zusammengesetzt und die Mitglieder zwei Mal zum eintägigen Generalstreik aufgerufen. Gemeinsamer Nenner ist die Gegnerschaft zur Krisenpolitik der Regierung Sarkozy. Die reformistischen Gewerkschaften fordern eine Stärkung der Kaufkraft, soziale Massnahmen, insbesondere Massnahmen gegen die Arbeitslosigkeit. Nach dem 29. Januar mit 2,5 Millionen DemonstrantInnen hat die Regierung Geld für völlig unzureichende, soziale Massnahmen ausgeschüttet, die insgesamt ein Bruchteil dessen darstellen, was die Regierung für Banken und Unternehmen locker gemacht hat. Nach dem 19. März mit sogar 3 Millionen Protestierenden hat die Regierung ein Eingehen auf die Forderungen kategorisch abgelehnt. Die Gewerkschaften ihrerseits wollen erst am 1. Mai wieder gemeinsam zu Protesten aufrufen, nicht einmal zum Generalstreik also, denn der Tag der Arbeit ist in Frankreich ein Feiertag.

Das Paradox, dass sie trotz grosserer Mobilisierung sich mit gar nichts abspesen lassen, ohne zu neuen Kampfmassnahmen zu greifen, ruft weit herum Unverständnis und Häme hervor. Die beiden Streiktage haben bei der überwiegenden Mehrheit Sympathien genossen.

Ihre Ratlosigkeit vermögen die französischen Gewerkschaften kaum zu kaschieren. Der eintägige Generalstreik ist das härteste Kampfmittel, zu dem die meisten von ihnen zu greifen bereit sind. Wenn die Regierung darauf nicht reagiert, sind sie mit ihrem Latein am Ende.

Die bisherige Mobilisierung der Gewerkschaften wird auch von der Basisgewerkschaft SUD und den Parteien und Gruppierungen weiter links unterstützt. Wobei von ihnen radikalere Mittel gefordert werden, etwa der unbefristete Generalstreik nach dem Vorbild der Übersee-Departemente. Dort wurde mit einem sechswöchigen Streik ein Teil der dortigen Forderungen durchgesetzt.



Drei Millionen beteiligten sich am zweiten eintägigen Generalstreik in Frankreich

**Wie sieht die Bewältigungsstrategie der französischen Regierung gegenüber der Krise aus, wie reagiert sie auf die soziale Bewegung?**

■ Die Regierung Sarkozy hat keine Bewältigungsstrategie gegenüber der Krise. Sozial beschränken sich die Massnahmen auf kosmetische Einmalzahlungen von 200-500 Euro, die nicht geeignet sind, den von der Krise am härtesten Getroffenen wirklich aus der Patsche zu helfen. Ernsthafte Zuwendungen erhalten Unternehmen und Banken, was die Regierung als Massnahmen gegen die Arbeitslosigkeit verkauft. Was davon zu halten ist, ist den oben genannten Arbeitslosenzahlen zu entnehmen.

Die Reformwut, mit der Sarkozy angetreten ist, hat auch nach dem vollen Ausbruch der Krise nicht nachgelassen. Reform ist dabei gleichbedeutend mit Abbau: Stellenabbau, Abbau von kulturellen und sozialen Einrichtungen, Einschränkung von Rechten und von der relativen Eigenständigkeit der Forschung und der Medien. Am schwerwiegendsten ist der Bildungsbereich vom Abbau betroffen.

Empfindlich gestört zeigte sich die Regierung von der Blockadebewegung gegen die Reformprojekte an den Gymnasien (lycées) Ende 2008 und die mittlerweile 9 Wochen anhaltenden Streiks an den Universitäten. Sarkozy droht es sich mit den künftigen Eliten zu verschmerzen. Diese Bewegungen waren die ersten, die mit ihren Protesten der Regierung einzelne Zugeständnisse abringen konnten.

Das Vorgehen der Regierung ist dabei immer etwa dasselbe. Zuerst versucht sie, den Widerstand gegen die Reform auszusitzen, wenn das nicht klappt, werden möglichst geringe Teilforderungen erfüllt, die Reform wird um ein Jahr hinausgeschoben und – Gipfel des gouvernementalen Entgegenkommens – ein Verantwortlicher für einen oder mehrere Problembereiche ernannt. Schliesslich wird Druck auf die Streikenden durch die Administration oder die Rektoren ausgeübt. Auf diese Weise sind die Blockaden an den Gymnasien zusammengebrochen, und die Reformen werden dort nun munter weiter umgesetzt.

Nicht aufgegangen ist diese Taktik bisher an den Universitäten. Hier tritt die Auseinandersetzung Anfang April in eine heisse Phase. Die Ministerin für höhere Bildung Valérie Pécresse will die Streiks beendet sehen, und hat damit gedroht, den Studierenden das Semester andernfalls nicht anzurechnen. Einige Rektoren haben sich dem angesprochen und die Wiederaufnahme des Lehrbetriebs anberaunt, teils in offenem Widerspruch zum demokratischen Beschluss der Generalversammlungen von StudentInnen, ProfessorInnen und Universitätspersonal, die Blockaden fortzusetzen. Daneben setzt die Regierung seit einigen Wochen aber auch auf verschärfte und gezielte Repression. Besonders engagierte StudentInnen werden verhaftet, Demonstrationen niedergeknüpelt, besetzte Unis wie in Toulon, Paris oder Strassburg gewaltsam geräumt.

Offenbar geht es dabei um ein neues Vorgehen der Regierung Sarkozy, das auch für die Bekämpfung der Gewerkschaftsbewegung richtungweisend werden könnte. Die Regierung geht auf Forderungen nicht mehr ein. Sie vertraut darauf, dass der Widerstand sich

auf ideologische oder repressive Art brechen lässt.

**Hier hört man ab und zu von Aktionen wütender ArbeiterInnen gegen «ihre» Patrons, was kannst du uns darüber berichten?**

■ Im März in mehreren Betrieben zu Konflikten gekommen. Der Fabrikdirektor vom bereits genannten Ableger von Continental in der Picardie, der die Einstellung der Produktion und die Entlassung der 1120 ArbeiterInnen denselben verklickern wollte, hat nähere Bekanntschaft mit rohen Eiern gemacht. Gleich eine Nacht lang festgehalten wurde der Generaldirektor von Sony Frankreich von der aufgebrachten Belegschaft einer Produktionsstätte, die geschlossen werden soll. Noch länger unter Obhut der ArbeiterInnen befand sich der Direktor einer Fabrik des profitablen Pharmaherstellers 3M, der sich weigerte, auf einen sog. «Sozialplan» zurückzukommen, der die Streichung von knapp der Hälfte der Stellen vorsieht. Das zeitweilige Festhalten von Firmenchefs, das immer häufiger wird, kann in der Bevölkerung und selbst in den Medien mit Verständnis rechnen, während die Bestreikung von Firmen in Frankreich ohnehin als selbstverständlich gilt. Die Aktionen sind jedoch oft auf einzelne Betriebe beschränkt, eine effiziente Vernetzung der Kämpfe ist noch kaum vorhanden.

**Die StudentInnen und ProfessorInnen scheinen keine Berührungspunkte mit der ArbeiterInnenbewegung zu haben. Gibt es gemeinsame Aktionen/Forderungen? Wie war die Beteiligung der StudentInnen am Generalstreik?**

■ Die meisten Universitäten wurden ohnehin bereits bestreikt, an den Tagen des Generalstreiks blieben auch einige sonst streikbrecherische Unis geschlossen. Die Zahl der StudentInnen auf den Strassen am 19. März wird auf über 100'000 geschätzt.

Die Bewegung an den Universitäten sieht sich selbst als eine soziale Bewegung und erhebt Forderungen, die im Interesse vieler StudentInnen sind, aber auch die darüber hinausgehen. Es wird mancherorts aus der Universitätsbewegung heraus auch zu interprofessionellen Komitees und Aktionsgruppen aufgerufen. Diese vermögen tatsächlich sehr aktive Leute aus verschiedensten Bereichen zusammenzuführen, bleiben als Gruppen aber doch relativ klein. Nachdem die gewerkschaftliche Forderung nach Steigerung der sogenannten Kaufkraft nicht erfüllt wurde, haben StudentInnen in mehreren Städten Picknicks in grossen Warenhäusern veranstaltet. In der Regel beteiligt sich die Kundschaft der Warenhäuser gern am geselligen Anlass. Diese Aktionen, wie auch die verbreiteten Blockadeaktionen gehen den meisten Gewerkschaften zu weit und werden von diesen nicht unterstützt, vereinzelt sogar bekämpft. Dabei bleiben die Forderungen selbst radikalerer Komitees bisher allzu zurückhaltend. Hinter Forderungen wie «Anhebung der Kaufkraft» oder «Erhaltung des Service public» können sich zwar sowohl ArbeiterInnen, als auch StudentInnen und ProfessorInnen stellen. Als systemimmanente Forderungen weisen sie aber über das kapitalistische Gesellschaftsmodell nicht hinaus.

# Der Frosch im kalten Wasser

**RIETER Die Firma Rieter illustriert uns exemplarisch, wen man die Zeche der Krise des Kapitalismus bezahlen lässt. Und, wie man auch noch hübsch aussieht dabei.**

(agw) Noch im Jahr 2007 hatte Rieter ein aussergewöhnlich grosses Wachstum aufzuzeigen. So lassen sie auf ihrer Homepage verlauten, dass sich der Konzerngewinn gegenüber dem Vorjahr um sagenhafte 34,4 Prozent auf 211,5 Millionen Schweizer Franken gesteigert hat. Es wurde mehr produziert und neue Stellen geschaffen. Doch die Rieter steht nun seit einiger Zeit mit ganz anderen Schlagzeilen in den Medien. Die im Jahr 2007 neu geschaffenen Temporärstellen waren dann auch die ersten, die wenige Monate später wieder gestrichen wurden.

Doch die Geschichte fängt erst an. Rieter spielt mit uns das bekannte Märchen vom Frosch im Wasser. Wird der Frosch in heisses Wasser gesetzt, springt er sofort raus, in kaltem Wasser hingegen, das langsam erhitzt wird, lässt er sich kochen. Rieter wählt geschickt die zweite Variante.

Hiess es noch Anfangs November 2008, dass für den Standort Winterthur nicht ausgeschlossen werden könne, dass noch dieses Jahr in der einen oder anderen Abteilung Kurzarbeit eingeführt werden müsste, kam kurze Zeit später aus, dass Rieter zusammen mit OC Oerlikon einen Antrag beim Seco stellte, die Begrenzung von 12 Monaten Kurzarbeit pro zwei Jahren auf 18 Monate zu erhöhen. Niemand kann noch glauben, dass die Konzernbosse dies nicht von Anfang an gewusst und darauf hingearbeitet hätten.

So werden die ArbeiterInnen und die Öffentlichkeit häppchenweise mit dem Ausmass der Krise in der Firma und den entsprechend immer drastischeren Massnahmen gefüttert. Das Wasser wird wärmer. Die Entrüstung bleibt aus.

## Verständnis statt Kampfgeist

Die Kurzarbeit ist für die KapitalistInnen ein hervorragendes Mittel, um Menschen in ihren prekären Situationen zu binden. Viele sind nicht in der Lage sich kurzfristig anders zu orientieren, verbleiben aber dennoch in einem Angestelltenverhältnis zu einer Firma, der sie nun fast schon dankbar sein müssen, wenigstens nicht entlassen worden zu sein.

Dazu Oswald Ulrich, Leiter der Unia Sektion Winterthur: «Wir sind nicht wütend aufs Management, denn



Arbeiter bei Rieter: Dreht er wohl bald auch nur noch Däumchen, wie es die Unia-Führung tut?

wir verstehen die schwierige Lage des Unternehmens und sehen ein, dass Handlungsbedarf besteht.» Aber natürlich hat die Unia auch forsch ein Paar Forderungen aufgestellt, was sie sich von der Rieter wünschen. So verlangen sie, dass keine langjährigen MitarbeiterInnen entlassen werden, dass die Reduktion der Stellen hauptsächlich zu Lasten der temporär Angestellten geht und über Kurzarbeit. Ausserdem fordert sie, dass

den ArbeiterInnen in Kurzarbeit Weiterbildungen oder Ähnliches angeboten werden, um ihre Qualifikationen zu verbessern. Die Frage bleibt, ob diese Forderungen den Entlassenen und Kurzarbeitenden helfen wird. Die Unia zeigt, wie sie einmal mehr die Sozialpartnerschaft über die Möglichkeit stellt, eine kämpferische Gewerkschaft zu sein.

GewerkschaftsexponentInnen hofieren sogar weiter beim Klassenfeind. Anstatt dagegen anzugehen, fordern sie nun die Kurzarbeit auf 24 Monate pro zwei Jahre auszudehnen. Dabei entgeht ihnen, dass Kurzarbeit kein Garant für Arbeitsplätze ist. Interessant an dieser tragischen Komödie ist, dass eine kürzlich veröffentlichte Studie der Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich sogar Gegenteiliges belegt. Laut dieser wird Kurzarbeit oft nur zur Überbrückung missbraucht. Menschen in Kurzarbeitsverhältnissen werden so lange beschäftigt, bis Umstrukturierungen zur «schlankeren Produktion» mit deutlich weniger Arbeitsstellen durchgeführt sind. Oder die teuren Produktionsstandorte durch billigere ersetzt werden.

So werden mit Kurzarbeit keineswegs – wie propagiert – im grossen Stil Arbeitsstellen gesichert, sondern Entlassungen lediglich aufgeschoben. Und unbekümmert sitzt der Frosch im heissen Wasser.

## Es geht auch anders

Dass es auch kämpferischer geht als bei uns in Winterthur, zeigt ein Streik in Pune (Indien). Im Mai 2008 wurden 14 Mitarbeitende des indischen Rieter-Werks kurzerhand entlassen, um dem «grassierenden Schlendrian» entgegenzutreten. Der eigens dafür eingeflogenen Manager aus der Winterthurer Zentrale staunte aber nicht schlecht, als daraufhin die Belegschaft in Streik trat.

Arbeitskampfmassnahmen wie diese scheint die Unia-Führung schon lange nicht mehr ernsthaft in Betracht zu ziehen. Nicht mal jetzt, wo es sich offensichtlich nicht anbieten könnte. Denn bald wird das Wasser kochen.

## CHRONOLOGIE DER ARBEITSKÄMPFE

### 4. Februar: Nepal

In Kathmandu fordern die Beschäftigten der medizinischen Universität und des dazu gehörigen Spitals 20% mehr Lohn, rückwirkend auf vergangenen Oktober. Das Unternehmen wies diese Forderungen zurück, worauf sich die Angestellten für einen Arbeitskampf entschieden. Abgesehen von einer Notversorgung für Notfälle, die gewährleistet bleibt, soll Spital und Universität vollständig lahmgelegt werden.

### 7. Februar: Grossbritannien

Rund 1000 ArbeiterInnen haben die britische Lindsey Oil Refinery bestreikt. Sie forderten die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze und einen Arbeitsvertrag, der auch für ausländische Arbeitskräfte Gültigkeit hat. Dies nachdem der Unternehmer begonnen hatte, ausländische Arbeitskräfte, die nicht an den Mindestlohn oder an im Arbeitsvertrag geregelte Arbeitszeiten gebunden sind, einzustellen. Der Streik erhielt viel Solidarität von anderen ArbeiterInnen in derselben Branche und konnte letztendlich seine Forderungen durchsetzen.

### 13. Februar: Deutschland

In Berlin hat vor dem Kino «Babylon Mitte» eine Kundgebung gegen die Arbeitsbedingungen und für einen höheren Mindestlohn für die Angestellten im Kino stattgefunden. Die Betreiberin des Kinos bezahlt ihren Angestellten 5 bis 6 Euro die Stunde, was den Angestellten zu wenig war. Als sie mehr Lohn forderten, wurde ein Grossteil von ihnen kurzerhand auf die Strasse gestellt.

### 24. Februar: Deutschland

In Berlin haben auf den Flughäfen Tegel und Schönefeld ca. 300 Angestellte der Flughafenfeuerwehr und Verwaltung während eines mehrstündigen Warnstreiks einen Grossteil des Flugbetriebes lahmgelegt. Der Warnstreik steht im Zusammenhang mit den Tarifver-

handlungen mit den Flughafenbetreibern, die lediglich bereit sind, 1,3% mehr Lohn zu bezahlen während die Gewerkschaft ver.di 8% fordert.

### 24. Februar: Kosovo

Im Kosovo hat die Gewerkschaft der Angestellten im Gesundheitssektor für den 24. Februar einen Streik angekündigt. Dies nachdem ein im letzten Oktober abgeschlossenes Abkommen von den Arbeitgebern noch immer nicht erfüllt worden war. Die Hauptforderung der streikenden ArbeiterInnen ist eine Lohnerhöhung um ca. 50 Euro.

### 2. März: Iran

In einer Getränkefabrik namens Nashub im Iran hat die Belegschaft, nachdem sie seit 5 Monaten keinen Lohn erhalten hatte, ihre Arbeit niedergelegt. Ihre Forderung war klar: sie wollten den Lohn, der ihnen zusteht, ausbezahlt bekommen. Der Fabrikbetreiber stimmte nach Verhandlungen dieser Forderung zu, nahm dies allerdings wieder zurück, nachdem die Arbeiter die Arbeit wieder aufgenommen hatten. Seitdem wird wieder gestreikt.

### 4. März: Grossbritannien

Im schottischen Dundee hat die Belegschaft der Verpackungsfabrik Prisme, nachdem sie überraschend erfahren hatte, dass die Fabrik binnen einiger Tage geschlossen wird, beschlossen, die Fabrik zu besetzen. Sie wollen die Fabrik so lange verteidigen, bis sie die ihnen von rechts wegen zustehenden Entschädigungen und Abfindungen erhalten haben.

### 5. März: Guadeloupe

Auf der Insel Guadeloupe in den Antillen hat ein 6-wöchiger Generalstreik stattgefunden. Circa 40'000 ArbeiterInnen verschiedenster Fabriken, der Strom-

versorgung, Hafenarbeiter etc. legten während dieser Zeit ihre Arbeit nieder. Sie forderten Lohnerhöhungen für niedrige Löhne, Senkung der Preise für Grundnahrungsmittel, Treibstoff und Dienstleistungen sowie die Rücknahme der Mieterhöhungen. Um zu verhindern, dass Fabriken mit Leiharbeitern die Produktion weiterführen, wurden etliche Fabriken von Streikposten besetzt.

Nachdem der Generalstreik das öffentliche Leben in Guadeloupe während mehrerer Wochen mehrheitlich lahmlegte gab die Regierung dem Druck der Bevölkerung nach und erfüllte die Forderungen der Streikenden, so wurde unter anderem der Mindestlohn um 200 Euro erhöht.

### 13. März: Frankreich

In Bordeaux haben die ArbeiterInnen einer Sony-Fabrik den Manager von Sony Frankreich über Nacht auf dem Betriebsgelände festgehalten. Sie kämpften damit für höhere Abfindungen, Weiterbildungen und Hilfe bei der Suche neuer Jobs wenn der Betrieb Mitte April geschlossen wird. Die Betriebsleitung sicherte den ArbeiterInnen daraufhin eine neue Verhandlungsrunde zu.

### 27. März: Deutschland

Die Angestellten des IT-Dienstleistungsunternehmens EDS haben erneut gestreikt. Es ist dies eine weitere Aktion in einer Reihe von kürzeren Streiks bei EDS, mit denen die Belegschaft gegen die Streichung rund eines Drittels der Stellen protestiert.

### 1. April: Schweiz

Am ersten April haben in der ganzen Schweiz die Hausärzte gestreikt. Sie protestierten damit gegen die neuen Tarife für Laboruntersuche, die per 1. Juli gültig werden sollen. Aufgerufen zu dem Streik hatte die Schweizerische Gesellschaft für Allgemeinmedizin (SGAM).



Vergangener Glanz: Mount Washington-Hotel, Bretton Woods

## Der Kaiser ist nackt

**POLITISCHE KRISE Über die ökonomischen Grundlagen der Krise haben wir schon einiges geschrieben. Der Kapitalismus steckt aber in einer generellen Krise, die auch eine politische und kulturelle ist. Wir entwickeln einige Aspekte der politischen Krise, wie sie aus der ökonomischen hervorgegangen sind.**

(gpw) UBS Ex-Boss Peter Kurer wirkte fast rührend, als er an der Tagesschau vom 30. Januar die erneuten Manager-Boni verteidigte und nebenbei auf die laufende WEF-Jahrestagung zu sprechen kam. Es bedrückte ihn, dass dort alle nur miteinander streiten und niemand Ansätze einer Lösung für die Krise vorzuweisen habe. Das ist offenbar das Resultat, wenn 43 Staats- und Regierungschefs mit über 2000 Spitzenleuten aus Wirtschaft, Medien und Kultur zusammenkommen. Treffender könnte er die politische Krise, in welcher die imperialistische Bourgeoisie steckt, nicht beschreiben. Ausser Worthülsen wie den Aufruf zu einem fundamentalen Neustart (fundamental reboot) für Wirtschaft, Märkte und Gesellschaften brachte auch ein Vorbereitungstreffen im November in Dubai nichts zustande, obschon über 60 «Räte» von weltweit hochkarätigen ExpertInnen ebenso viele Probleme wälzten. Es ist für alle sichtbar geworden, dass der Kaiser nackt ist.

Das Powerplay um das Bankgeheimnis zeigt den Wirtschaftskrieg zwischen den Finanzplätzen in aller Offenheit, einen schwachen Bundesrat und ein politisches System Schweiz, das einem gackernden Hühnerhof gleicht. Wenn die USA Druck machen, weil die Fehler von der Zürcher Bahnhofstrasse sich allzu sehr verraten haben, ist auch für den Bundesrat legal-illegal scheinbar! Der deutsche Nachrichtendienst beschafft sich mit kriminellen Methoden von der ebenso kriminellen LGT-Bank Tausende von Kundendaten, Israel und Italien werden von offenen kriminellen Banden regiert, und Obama bringt sein Team nicht zusammen, weil die Nominierten wegen Betrügereien klein beigegeben müssen.

### Das System von Bretton Woods

Um die Entwicklung dieser politischen Krise des Kapitalismus nachzuzeichnen, blättern wir zurück zum 22. Juli 1944. Im Mount Washington-Hotel in ländlicher Idylle im US-Staat New Hampshire verabschiedeten 44 Siegerstaaten des Zweiten Weltkrieges eine Nachkriegsordnung, die nach der grössten Schlichterei der Weltgeschichte unter der neuen Führungsmacht USA den Weltkapitalismus politisch stabilisieren sollte. Ein System mit dem Dollar als ans Gold gebundene Leitwährung und festen Wechselkursen wurde geschaffen sowie supranationale Institutionen (IWF und Weltbank), welche Ungleichgewichte korrigieren sollten: (Das Wichtigste aber, die Gründung einer Welthandelsorganisation war vorerst gescheitert)

Und oh Wunder, das funktionierte schlecht und recht während über einem Vierteljahrhundert. Der lange Nachkriegsaufschwung machte es möglich, dass die imperialistischen Kernländer relativ «friedlich»

nebeneinander die Welt ausbeuten konnten, zusätzlich zusammengehalten durch den Kalten Krieg, welcher der Rüstungsindustrie Auftrieb gab. Das Fortbestehen der realsozialistischen Systemalternative erforderte zusätzliche Anstrengungen der herrschenden Klasse. Auf der einen Seite wurde sie durch sozialistisch orientierte nationale Befreiungsbewegungen bedroht, auf der anderen musste sie sich bei den Ausgebeuteten der Metropolen als «kleineres Übel» legitimieren. Dank dem wachsenden Wirtschaftskuchen fielen Brosamen von ihren Tischen auch für das Proletariat ab. Dadurch hatte der Reformismus ökonomisch etwas zu bieten. Die ungeheure Produktivkraftentwicklung führte zu einer Ausdehnung des «Warenkorbes», der mit Arbeitslöhnen erstanden werden konnte – Autos, Haushaltgeräte, TV, Unterhaltungselektronik etc. FacharbeiterInnen und Angestellte konnten mit Lebensstellen rechnen, welche für den Unterhalt einer Familie reichten. Aus- und Weiterbildungen, Aufstiegsmöglichkeiten, medizinische Versorgung und mit der Zeit auch eine gewisse Altersvorsorge wurden für eine Mehrheit erreichbar. Die Drecksarbeit wurde zunehmend durch rechtlos gehaltene ausländische Arbeitskräfte geleistet.

### Arbeitsfriede, Zauberformel – alles Gemeinplätze?

Das politische System Schweiz passte sich besonders wirkungsvoll diesem Kapitalismus mit menschlichem Antlitz an. Der schon vor dem Krieg in der Maschinenindustrie abgeschlossene Arbeitsfriede mit faktischem Streikverbot wurde generalisiert. Damit waren die Gewerkschaften eingebunden, und die Sozialdemokratie beteiligte sich an der 1959 etablierten Zauberformel, an einem Regierungssystem des Konsenses, der bereits in ausserparlamentarischen Kommissionen präventiv hergestellt wird.

Warum erwähnten wir diese Gemeinplätze? Weil sie nach dem Kriseneinbruch Anfang der 1970er Jahre noch über ein Vierteljahrhundert in einer Mehrheit der politischen Subjekte verinnerlicht blieben und Kampftraditionen einschlafen liessen. Die Zauberformel steht erst seit wenigen Jahren zur Disposition, und der Arbeitsfriede wird nur punktuell durchbrochen. Doch gehen wir der Reihe nach.

### Kriseneinbruch und verschärfte Konkurrenz

Die Kapitalüberproduktionskrise bedeutet das Ende der relativen friedlichen Koexistenz der Kapitalistenverbände. Jeder konnte nur existieren, wenn es ihm gelang, das Schrumpfen des Wirtschaftskuchens auf die Konkurrenten abzuwälzen. Unter dem Druck der verschärften Konkurrenz brach 1971 das System von Bretton Woods zusammen. Der Dollarkurs sank innerhalb von 2-3 Jahren von Fr. 4.15 auf ca. 1.50. Damit gelang dem US-Imperialismus ein gigantischer Diebstahl gegenüber ihren Gläubigern, deren Dollar-Guthaben sich entsprechend entwerteten. Das überschüssige Geldkapital, das in den mehrwertproduzierenden Sektoren kaum mehr Investitionsmöglichkeiten fand, drängte auf die Finanzmärkte und blähte sie in gigantischem Ausmass auf. Das führte zu vernichtenden Finanzkrisen. Die logische Antwort auf die sinkenden Profitraten war und ist die neoliberale Wirtschaftspolitik, welche nicht nur die Ausbeutung verschärft, sondern das Proletariat in einen Wirtschaftskrieg jedeR gegen jedeN

stürzt. Die im Kapitalismus mit menschlichem Antlitz aufgebauten Werte bröckeln, Drogenhandel, Prostitution und bewaffnete Auseinandersetzungen werden zu immer stärkeren Wirtschaftsfaktoren. Der Zusammenbruch des Revisionismus 1989 befreite das Bürgertum definitiv von den Rücksichten auf die Existenz einer Systemalternative.

Auf politischer Ebene führt die Krise einstweilen nicht zu einem neuen Faschismus, auch wenn faschistoide Tendenzen – nicht zuletzt wegen des Fehlens einer glaubwürdigen linken Orientierung – verstärkt hervortreten. Die Bourgeoisie sieht sich nicht gezwungen, Teile ihrer Macht an faschistische Bewegungen abzugeben, sondern tendiert zu einem autoritären Staat. Was sie durch den Kriseneinbruch an Legitimation verliert, versucht sie durch die Aufrüstung der präventiven Konterrevolution auszugleichen. Dafür ist die Schweiz Modellland.

### Schwacher Schweizer Staat

Die Konkordanz erweist sich als zählebig. Versuche, die Exekutive z.B. durch Einführung von Staatssekretären zu stärken, scheiterten. Erst allmählich kam es zur Polarisierung zwischen Sozialdemokratie und SVP. Die SP legitimiert sich durch ökonomische Rückzugsgefechte, vor allem aber als politisch-kulturelle Trägerin des längst vergangenen Kapitalismus mit menschlichem Antlitz. Erst die jetzige Krise lässt diese Illusionen definitiv platzen – der Zukunft neokeynesianischer Rettungspakete wird kaum mehr Glauben geschenkt. Die SVP verrät laufend die Interessen ihrer kleinbürgerlichen Basis. Unter bürgerlicher Führung kanalisiert sie deren Unzufriedenheit auf rassistische Themen und wirkt auf politischer und kultureller Ebene zersetzend auf die Traditionen und Werte aus dem Aufschwung, die so oder so immer schwächer nachwirken.

Wenn sich Doris Leuthard am WEF zum x-ten Mal vergeblich einen Durchbruch bei der Freihandelsrunde der WTO versucht und Erdogan wegläuft und sich dafür in der Türkei als Held feiern lässt, zeigt sich exemplarisch der Kern der politischen Krise: Innerbürgerlicher Konsens und sogenannte Friedensprozesse scheitern an Verschärfungen der Ausbeutungsbedingungen und der Konkurrenz, die imperialistische Kriegsgefahr wächst.

### Antikapitalistischer Widerstand

Seit dem Aufstand gegen das WTO-Treffen in Seattle 1999 hat sich eine soziale Bewegung gebildet, welche sich gegen supranationale Treffen der Bretton-Woods-Institution und andere Konferenzen richten, die das Gesamtinteresse der imperialistischen Bourgeoisie vertreten. Die politische Krise schwächt diese Organisationen immer mehr, und ein Widerstand, der zwar starke antikapitalistische Tendenzen entwickelt hat, aber doch nur auf diese Anlässe reagiert, stösst an Grenzen. Der positivste Aspekt der derzeitigen Krise ist wohl, dass die kapitalistische Produktionsweise als solche von breiten Teilen der Klasse in Frage gestellt wird. Dies impliziert alle Widersprüche des kapitalistischen Systems, insbesondere auch den Grundwiderspruch zwischen Kapital und Arbeit, die Ausbeutung und die Lohnarbeit.



Alles unter Kontrolle? – Die Bourgeoisie greift auch mal zu Kraftmitteln, wenn sie sich gefährdet sieht

## Wirren im Banktresor der Bonzen der Welt

**POLITISCHE KRISE** **Wirtschaftlich und politisch ist sie da, die Krise. Bedeutet das, dass die Revolution vor der Tür steht? Oder doch eher die Barbarei?**

(az) Krise heisst Entscheidung – doch wer sich durchsetzt und was entschieden wird, ist dabei offen. Die politische Krise, die im Moment in der Schweiz herrscht, führt dies quasi bildlich vor. Die Hektik im parlamentarischen Parteienbetrieb zeigt, wie keine konsensfähige Lösung gefunden wird für all die Probleme, die sich die Schweizer Bourgeoisie in ihrer Funktion als Banktresor der Bonzen dieser Welt eingehandelt hat. Die Ratlosigkeit geht so weit, dass ein Untoter aus der Vergangenheit zurückgeholt werden muss: Ausgerechnet Kaspar Villiger, ein FDP-Überrest aus dem Kalten Krieg, soll es für die UBS und den Bankenplatz Schweiz nun richten. Das Durchpeitschen des UBS-Rettungspakets im vergangenen Herbst ist ein weiterer Ausdruck der Krise. Der bürgerliche Staat hat dabei sein eigenes bürgerliches Parlament ausgehebelt. Uns geht es nicht darum, eine solche Despotie der Exekutive anzuprangern. Im Gegenteil: Es zeigt sich einfach, dass zur Lösung mancher Widersprüche der Bourgeoisie der normale Rahmen einer bürgerlichen Demokratie nicht mehr ausreicht. Wenn Treffen im Hinterzimmer zunehmen, bedeutet das aber auch, dass die Bourgeoisie zwar orientierungslos, aber keineswegs handlungsunfähig ist.

Was hat es mit dem Verhältnis zwischen wirtschaftlicher und politischer Krise auf sich? Warum gewinnen revolutionäre Kräfte nicht automatisch, wenn doch der Kapitalismus sich im Moment praktisch selbst zu entsorgen scheint? Für solche Fragen lohnt die Beschäftigung mit Antonio Gramsci, einem Gründungsmitglied der Kommunistischen Partei Italiens. Gramsci erlebte die Wirtschaftskrise der 1930er-Jahre vom Knast aus, in den ihn die Faschisten gesteckt hatten. Die meisten seiner Beiträge sind unter den Bedingungen der Knast-Zensur entstanden. Gramsci musste deshalb eine kodierte Sprache verwenden – einen Ausdruck wie «Marxismus» beispielsweise verschlüsselte er in «Philosophie der Praxis». Es ist diese Verschlüsselung, die seither Gramsci für die unterschiedlichsten Kräfte – auch reformistische – attraktiv macht. Gramsci war aber Kommunist. Und wir meinen, dass seine Überlegungen von links angeeignet werden können.

### Nichts bleibt je, wie es ist

Gramsci betonte die Wechselwirkung zwischen Basis und Überbau, zwischen wirtschaftlicher und politischer Krise. Man muss grundlegende Widersprüche an der gesellschaftlichen Basis unterscheiden von situationsbedingten Widersprüchen im Politischen – sonst werden entweder mechanische Ursachen überbewertet, oder umgekehrt das voluntaristische, individuelle Element. Die Basis setzt den politischen Entwürfen Grenzen. Aber das Terrain, auf dem sich der Klassenkampf abspielt, ist zu grossen Teilen das politische. Das Verhältnis zwischen dem Grundlegenden und dem Situationsbedingten ist entscheidend für die Analyse des Kräfteverhältnisses. Ein Kräfteverhältnis zwischen den Klassen besteht aus verschiedenen Momenten. Es ist einerseits festgelegt durch objektive, vom Willen der Leute unabhängige Faktoren: das sind der Stand der Produktivkräfte, und in der Krise ein Bruch in der Struktur des Kapitalismus. Zweitens wird ein Kräfteverhältnis

bestimmt durch die politische Dimension: der Grad der Geschlossenheit, des Bewusstseins und der Organisation einer Klasse. Entscheidend ist drittens laut Gramsci das militärische Moment: die reale Erringung von Macht. Das Politische bildet also ein Scharnier zwischen der Dimension der materiellen Produktion und der Dimension der Machteroberung oder -erhaltung. Klassenkampf ist deshalb – nicht nur, aber wesentlich – ein Kampf um «Hegemonie», wahrscheinlich Gramscis bekanntester Begriff. Er meint die Fähigkeit einer Klasse, die Ausgebeuteten und Unterdrückten davon zu überzeugen, dass ihre Herrschaft legitim und zum allgemeinen Besten sei. Hegemonie bedeutet Herrschen mit Konsens. Auf diesen Konsens ist die Bourgeoisie dringend angewiesen. Und er wird im Moment rapide brüchig.

### Hegemonie und Dominanz

In Frankreich werden in diesen Tagen Unternehmer als Geiseln genommen. Griechenland ist von Aufständen erschüttert. Der britische «Economist», das traditionsreiche Kampfblatt der Kapitalisten, hat unlängst ein Länder-Ranking herausgegeben, in dem die Wahrscheinlichkeit bewertet wird, dass soziale Proteste die Regierung eines Staates stürzen werden. Nun, die Schweiz befindet sich auf Platz 160 ganz am stabilen Ende der Skala, gerade noch vor Schweden und Finnland. Ganz oben stehen Länder des Trikont. Solche Bewertungslisten sagen mehr aus über diejenigen die sie aufstellen, als über die Realität. Aber einen grundsätzlichen Punkt bildet die Skala deutlich ab: Dass die politische Krise im globalen Massstab auch eine Hungerrevolte bedeutet, welche die Krise des Kapitalismus verursacht hat.

Anzeichen der Zuspitzung gibt es zuhauf. Trotzdem haben revolutionäre Kräfte nicht automatisch Zulauf. Dass es keinen Automatismus des Bewusstseins gibt, liegt auch an der Hegemonie der herrschenden Klasse. Denn wenn die Krise alle Parteien zwingt, sich zu verhalten, so ist die Bourgeoisie in herrschender Stellung. Sie hat alle Mittel zur Verfügung, um sich rasch neu zu organisieren. Der Rechtsrutsch in der Schweiz der letzten Jahre ist ein Beispiel dafür. Dabei treten neue Kräfte der herrschenden Klasse auf – in der Schweiz war dies etwa die SVP –, nachdem die bisherige Führungsriege einen Fehlschlag erlitten hatte (die FDP mit dem EWR). Jetzt ist aber auch diese Alternative der Bourgeoisie gerade daran zu kollabieren. Also wird Stumpfen-Villiger als Wiedergänger aus dem Schrank geholt. Hegemonie zu erlangen – was ja auch das Ziel von revolutionären Kräften ist – ist ungleich schwieriger, als sie zu erhalten.

Dennoch ist die Ausgangslage für revolutionäre Kräfte heute besser, wenn auch nicht einfacher. Tatsächlich brechen gegenwärtig die Argumentationsmuster der herrschenden Klasse zusammen. Doch dabei stellt sich wieder eine neue Schwierigkeit: Hegemonie erklärt nicht alles (so etwas hat Gramsci auch nie behauptet). Das Gegenstück zur Hegemonie ist der Zwang, die nackte Gewalt, das militärische Moment. Herrschaft durch Dominanz statt durch Konsens zeigt heute die Tendenz zum autoritären Staat. Wenn es auch keineswegs so aussieht, dass die Bourgeoisie die Macht abgibt an kleinbürgerliche Führungsfiguren, wie dies in den 1930er-Jahren in vielen Staaten Europas geschehen ist, so deutet doch vieles darauf hin, dass die Despotie der Regierung ausgebaut wird.

KOMMENTAR

## Sozialismus als Ausweg aus der Krise

Militante kommunistische Kräfte leben heute in einer schwierigen, einer widersprüchlichen Situation. Auf der einen Seite sind die objektiven Bedingungen für einen Sturz des kapitalistischen Systems ausserordentlich günstig. Seit längerem befindet sich die herrschende Klasse in einer tiefen wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Krise, die mit dem Platzen der Finanzblase im vergangenen Jahr einen qualitativen Sprung gemacht hat. Die Krise ist kein Betriebsunfall, sondern eine Systemkrise des Kapitalismus, und sie macht die Systemfrage schon fast zur Tagesforderung. Seit dem Zweiten Weltkrieg haben in den Industriestaaten noch nie so breite Teile der Klasse das kapitalistische System in Frage gestellt wie heute. Leben wir in einer revolutionären Situation? Der krisengeschüttelte Kapitalismus deutet in diese Richtung, nicht aber die subjektive Seite, das Bewusstsein der Massen. Zwischen den beiden Faktoren besteht ein Zusammenhang, aber kein Automatismus.

Denn es fehlt ein ganz wesentlicher Punkt der seinerzeit von Lenin genannten Bedingungen für eine revolutionäre Situation. Gemessen an den Angriffen des Kapitals und seines Staates auf die Klasse ist der Widerstand dagegen sporadisch und punktuell. Und da, wo sich der Widerstand regt, schafft er meist den Sprung zum kontinuierlichen Kampf nicht. Und zwar unter anderem auch deshalb nicht, weil starke revolutionäre Parteien und Organisationen, deren Strukturen Kontinuität garantieren, fehlen, oder noch zu schwach sind.

Revolutionäre Organisationen werden sich daran messen müssen, ob sie ihre Tagesforderungen am Ziel orientieren, das kapitalistische System zu zerschlagen, und diese Perspektive anhand der konkreten Kampfsituation fassbar zu machen. Das heisst heute, die theoretischen und organisatorischen Voraussetzungen zu schaffen, um in der Praxis dort intervenieren zu können, wo sich Widerstand regt. Ohne bewegungsopportunistisch zu werden, müssen wir in der Lage sein, jene Kampf- und Ausdrucksformen der Bewegungen aufzunehmen, die kommunistische Elemente enthalten. Dabei ist ein Bewusstseinswandel über die Notwendigkeit einer revolutionären Umwälzung nie allein ein Resultat der Propaganda. Vielmehr ist diese Einsicht «ein Ergebnis der politischen Erfahrung der Massen», wie Lenin es formuliert hat.

Doch das bedeutet keine Abwartehaltung, sondern bringt ganz im Gegenteil die Notwendigkeit mit sich, am Puls auch kleinerer Klassenkämpfe zu sein. Denn es ist aus diesen Konflikten in der bestehenden Gesellschaft, aus denen das Neue, das Perspektivische einer zukünftigen Gesellschaft aufscheint. (az)

# Lidl-Schweiz, der gleiche Scheiss

**BERICHT AUS LIDL Seit dem 19. März beglückt uns der zweitgrösste europäische Lebensmitteldiscounter Lidl mit 13 Filialen in der Schweiz. Von den berüchtigten miesen Arbeitsbedingungen will der Lidl Chef der Schweiz nichts wissen. Wir wissen es besser.<sup>1</sup>**

(az) In der sauberen Schweiz will sich die Lidl von den letzten Skandalen freiwaschen. Ausgebeutete oder bespitzelte Angestellte seien kein Thema mehr, versichert Lidl-Schweiz-Chef Andreas Pohl vor der Eröffnung der ersten Filialen. Natürlich lügt er schon in diesem Punkt, denn Ausbeutung passiert, sobald wir bei der Arbeit einstempeln. Aber Pohl meint damit die miesen und prekären Arbeitsbedingungen, für welche Discounter wie Aldi und Lidl bekannt sind, und gegen die die Gewerkschaften am Eröffnungstag Protestaktionen vor den Filialen abhielten. In Arbon und Weinfelden wurden sie prompt polizeilich vom Platz verwiesen. Aber Pohl lügt auch bezüglich der Arbeitsbedingungen. Bei Discountern sind diese prekär und das ist auch Programm. So ist der Personalkostenanteil am Umsatz bei Discountern um die Hälfte geringer als bei Supermärkten. In der arbeitsintensiven Detailhandelsbranche liegt der Konkurrenzvorteil von Lidl also in der stärkeren Ausbeutung der Angestellten. Das zahlt sich aus, so rangiert der Lidl-Kapitalist Dieter Schwarz mit über 10 Mrd. Euro Privatvermögen unter den reichsten Deutschen. Wir wollten genauer wissen, wie der Profit zustande kommt und haben uns bei Lidl-Angestellten in den neuen Filialen erkundigt.

## Geiz ist geil, Solidarität auch

Die Angst vor kritischen Stimmen ist bei den FilialenleiterInnen gut zu spüren. Für die Angestellten gilt die Anweisung, nicht mit GewerkschafterInnen zu sprechen und diese an die Filialleitung weiterzuleiten, denn Löhne und Arbeitsbedingungen seien Chefsache. Zwar stellen die Medien die Lidl-Kundschaft als geizig dar, doch im Allgemeinen erfahren die Lidl-Angestellten eine solidarische Haltung. So werden teilweise Fragen zu Arbeitsbedingungen gestellt und die Filialleitung hat nach ersten kritischen Anfragen durch Kunden die strikte Weisung herausgegeben, auf der Verkaufsfläche nicht über die Arbeitszeiten zu sprechen.

## Konto voll ... mit Überstunden

Das hat gute Gründe. So brodeln die Stimmung in den Belegschaften schon jetzt wegen der Arbeitszeitregelung. Es ist klar, dass ein Billig-Discounter wie Lidl penibel an das gesetzliche Minimum von einer halben Stunde Pause nach 7 Arbeitsstunden hält. Gerne lässt sie die Angestellten aber auch genau 5.5 Stunden arbeiten, da sie erst ab diesen Arbeitsstunden zu 15 Minuten Pause verpflichtet sind. Weiter sind aber auch die Pausen unsinnig eingeteilt. Die Pause wird bei einer Frühschicht von 6 bis 13.30 Uhr z. B. um 12.45 angeordnet, so dass die Angestellten tatsächlich nachher noch offiziell für 15 Minuten arbeiten müssen. Besonders an der Kasse ist eine solche Schichtplanung ein Hohn gegenüber den Angestellten, da sich die Arbeit bei Lidl nach einem Dienstleistungs-Taylorismus orientiert und damit einer Fließband-Fabrik ähnelt. Die Verarsche bei der Pauseneinteilung geht aber noch weiter. In einer Filiale ist sich die Filialleitung nicht zu schade, den Angestellten zu verklickern, dass sie selber dafür verantwortlich seien, die Pausen einzufordern. Wenn sie dies nicht täten, würde die Gewerkschaft sie büssen.

Mit dem Ansetzen der Pause am Schluss der Schicht, fällt es der Leitung aber auch leichter, Überstunden reinzudrücken. So wird in der Frühschicht sehr oft gut eine Stunde länger gearbeitet, immer flexibel und unvorhergesehen. Noch schlimmer steht es um die Spätschicht. Statt von 13 bis 21 Uhr ist es im schlimmsten Fall schon vorgekommen, dass bis 00.30 Uhr gearbeitet wurde. Die Überstundenkonti haben sich von Anfang an gefüllt. Lidl rechnet also systematisch mit zu wenig Personal.

Die Überstunden werden zusätzlich auch erst ab der 26ten Stunde ausbezahlt. Damit toppt Lidl sogar Aldi bezüglich miesen Überstundenregelungen. Letztere zahlt die Überstunden monatlich voll aus.

Bei der Anstellung wurde den Angestellten explizit versichert, es sei möglich, noch andere Nebenjobs neben der Arbeit bei Lidl zu haben. Die derzeitige Schichtplanung zeigt, dass dies ein Lüge war. Mit den unvorbereiteten Überstunden und teilweise 3-Stunden-Schichten, welche auf alle Wochentage verteilt sind, kann man keine anderen Verpflichtungen mehr eingehen. Auch die Schichtpläne werden nicht wie versprochen 3 Wochen im Voraus ausgeteilt.

## Lidl setzt auf Frauen

Ein grosses Problem ist auch die einseitige Besetzung der Belegschaft. In den uns bekannten Filialen arbeiten – abgesehen von der Leitung – praktisch nur Frauen als Festangestellte. Das scheint eine bewusste Firmenpolitik zu sein, so zumindest wurde dies bei männlichen Bewerbern kommuniziert. Diese Filialen beschäftigen 20 bis 30 Frauen mit einem Pensum von jeweils 60 % und damit einem Lohn von 2200 CHF. Die Teilzeitanstellung ist heute in der Branche eine Normalität. Damit können die KapitalistInnen die Arbeitskräfte flexibler auf Kundenströme und die saisonalen Umsatzschwankungen anpassen.

Die Angestellten sind jeweils für alle anfallenden Arbeiten zuständig: Kasse, Verkaufsfläche, Inventar, Warenannahme, Lager und Reinigung. Nur vor der Eröffnung und jetzt noch im Lager werden männliche Temporäre flexibel eingesetzt. Viel zu wenig, wie uns berichtet wird, betrachtet man die enorme körperliche Belastung, welche bei der Warenannahme anfällt.

Zu diesen von der Geschäftsleitung direkt auferzwungenen Bedingungen kommen noch weitere Probleme hinzu, welche mit der Qualifizierung der Beschäftigten zu tun haben. Damit Lidl die Löhne tief halten kann, stellt sie vor allem Migrantinnen ohne Verkaufsausbildung an. Die starke Arbeitshetze, der bedrohliche Umgangston, bei welchem nicht auf sprachliche Verständnisschwierigkeiten eingegangen wird, und geringe

fachliche Kenntnisse führen zu Fehlern. Diese Komplikationen erhöhen zusätzlich die Arbeitsbelastung, weil gewisse Arbeiten wiederholt werden müssen. Eine genügende fachliche Einführung in die Arbeitsinhalte fehlt oft. Solche Probleme führen auch für die KapitalistInnen zu grossen Zusatzkosten. Deshalb gibt es im Detailhandel einen leichten Trend, dass wieder vermehrt auf bessere und stabilere Arbeitsbedingungen geschaut wird. Bei Lidl scheint dies nicht der Fall, so rechnet Lidl mit einer hohen personalen Fluktuation und verheizt die Angestellten bewusst. Anscheinend ist der Ausbeutungsgrad so hoch und die Mehrarbeit und Zusatzkosten können so gut auf die Belegschaften abgewälzt werden, dass sich das für Lidl immer noch lohnt.

## Die Wände haben Ohren

In Deutschland kam es bei Lidl unter anderem zum Skandal, weil die Chefs die Angestellten per Video- und Tonüberwachung bespitzelt hatten. Gespräche wurden mitgeschritten, Persönlichkeitsprofile erstellt und sonstige Informationen über das Privatleben wurden protokolliert. Natürlich versucht Lidl-Schweiz dieses Image abzulegen und hat deshalb zur Zeit noch keine Kameras installiert. Es ist jedoch zu erwarten, dass, sobald das öffentliche Interesse an den Arbeitsbedingungen bei Lidl geschwunden ist, die ersten Kameras eingesetzt werden. So mussten die Angestellten schon zu Beginn eine Einverständniserklärung unterschreiben, wonach sie Überwachungskameras akzeptieren.

Von Privatsphäre kann demnach nicht die geringste Rede sein. Die Filialen sind sehr eng konzipiert. Die Pausen- oder Sozialräume der Angestellten weisen nicht genug Platz auf und sind teilweise direkt angrenzend an das Büro der Filialleitung. Somit bietet der Sozialraum nicht im geringsten Raum, um private Gespräche zu führen oder sich über die Arbeitsbedingungen zu unterhalten. Gerade im Verkauf wäre es wichtig, dass man sich auch mal über die Arbeit an der Front auslassen kann, weil dies während der Arbeit im Kundenkontakt nicht möglich ist. Unter diesen Bedingungen komme das beengende Gefühl auf, dass die Wände Ohren haben.

## Die Schlüssel zum Glück

Die Gewerkschaften scheinen noch keinen Kontakt zur Belegschaft zu haben, dies ist insofern verständlich, als die Belegschaften erst gerade neu zusammengesetzt sind. Lidl hat die Aufbau-Zeit vor der Eröffnung dazu genutzt, die Angestellten zu einer «Lidl-Familie» zusammenzuschweissen. Trotz miesem Lohn scheint ein gewisses Commitment zu der Firma zu bestehen. Dieses schwindet jetzt nach der Eröffnung, da die Angestellten nur schon durch den Kundenkontakt weniger isoliert sind und weil die Leitung jetzt versuchen wird, die Arbeitszeiten flexibel an die Kundenströme anzupassen. Nach den ersten zwei Wochen sind in einer Filiale schon drei Angestellte krank geschrieben.

Wie immer arbeitet auch die Lidl-Leitung nach dem Prinzip der Spaltung und Einbindung. Dafür hat sie zum Beispiel die Funktion der Tagesverantwortlichen eingeführt. Jeden Tag wählt die Leitung eine Angestellte aus, die den Pass-Schlüssel für einen Tag bekommt. Der Rest der Belegschaft hat sich dann nach dieser Person zu richten. Mit diesem Trick gelingt es der Leitung teilweise unter den Angestellten Neid, Beleidigung und Konkurrenz zu streuen. Es ist klar, dass mit solchen Methoden durch gezielte Bevorzugung Spaltungen in der Belegschaft hervorgerufen werden. Gleichzeitig werden vor allem die jungen Angestellten, welche eine Lehre abgeschlossen haben, mit viel Hoffnung bei der Stange gehalten, sie könnten in den bald neu eröffneten Filialen Abteilungsleiterinnen werden.

<sup>1</sup> Folgender Bericht setzt die Interviewreihe mit prekär Beschäftigten fort. Aus Gründen der Anonymität wählen wir die Form eines Berichtes. Die Interviews werden wir aber zu späterem Zeitpunkt in geeigneter Form veröffentlichen.



Tragen wir den Boss auf den Misthaufen

# Cash und Care – der kleine Unterschied

**ARBEITSTEILUNG** Wie kommt es, dass sich die alten Geschlechterrollen – trotz gegenteiliger Tendenzen – so hartnäckig halten? Wir verfolgen die Frage zu ihrem Ursprung.

(ag/akfk) Viele meinen, es werde bei uns mehr bezahlte als unbezahlte Arbeit geleistet. Dies stimmt tatsächlich – für die Männer, nicht aber für die Mehrheit proletarischer Frauen. In der Schweiz wird jährlich 8,4 Milliarden Stunden unbezahlt und nur 7 Milliarden Stunden bezahlt gearbeitet. Rund 80% der unbezahlten Arbeiten erledigen Frauen. Familien mit egalitärer Aufteilung von Erwerbs- sowie Haus- und Familienarbeit machen einen Anteil im Ein-Prozent-Bereich aus. Gemäss Bundesamt für Statistik<sup>1</sup> würde es 270 Milliarden Franken kosten, müsste die unbezahlte Arbeit berappt werden. Ein Hauptteil dieser Arbeit entfällt auf das Sorgen und Versorgen von Menschen, in der feministischen Ökonomie *Care-Arbeit* genannt.

## Care ohne Cash

Die unbezahlte Care-Arbeit zu definieren ist nicht ganz einfach: sie ist zeitlich schlecht abgrenzbar; sie hat nicht immer ein klar definierbares Produkt; Emotionen und zwischenmenschliche Beziehungen sind Teil der Tätigkeit; sie ist geprägt von hohem Kommunikations- und Organisationsbedarf. Sie ist ökonomisch nur begrenzt optimierbar, da beispielsweise Tätigkeiten wie zuhören oder Gespräche führen nicht beliebig beschleunigt werden können. Sie ist auch nicht auf unbegrenzt viele Personen verteilbar, ohne entscheidend an Qualität einzubüssen.

Wie kommt es, dass ein bedeutender Bereich der Ökonomie eine minderwertige und untergeordnete Stellung hat, obwohl es sich hier um die unmittelbare Versorgung von Menschen handelt und der grössere Teil der Gesamtökonomie ausmacht? Wie kommt es, dass jener Teil der Ökonomie, bei dem es um die Erwirtschaftung von Profit für eine kleine Eigentümerklasse geht, eine solch dominante und übergeordnete Position hat?

Und wie kommt es, dass trotz stets steigender Erwerbstätigkeit und ökonomischer Unabhängigkeit der Frauen, sich diese für die Reproduktionsarbeiten<sup>2</sup> verantwortlich fühlen bzw. verantwortlich gemacht werden?

## Spontane Arbeitsteilung

Bekanntlich ist das Patriarchat viel älter als die kapitalistische Gesellschaft. Die bürgerliche biologistische Meinung will uns weis machen, dass die Unterordnung der Frau naturbedingt (oder gottgegeben) sei und dass der «starke Mann» die «verletzliche Frau» beschützen soll.

Die marxistische Analyse sieht die Ursachen der Frauenunterdrückung als Produkt der gesellschaftlichen Entwicklung. «Jede gesellschaftliche Unterdrückung liegt letztlich in der Stellung, die der Unterdrückte im Produktionsprozess einnimmt, begründet. Wenn wir also von einer besonderen Unterdrückung der Frau sprechen, so muss sich dies auch auf eine spezifische Funktion im gesellschaftlichen Produktionsprozess zurückführen lassen.»<sup>3</sup>

Gestützt auf Engels, Marx und Bebel zeigt Karin Bauer auf, wie die Entstehung der Frauenunterdrückung mit der Auflösung der Urgesellschaft und dem Übergang in eine Klassengesellschaft zusammenfällt. Auch neue Untersuchungen zur historischen Entwicklung haben keine nennenswert anderen Ergebnisse hervorgebracht.

**«Die erste Teilung der Arbeit ist die von Mann und Weib zur Kindererzeugung.»**

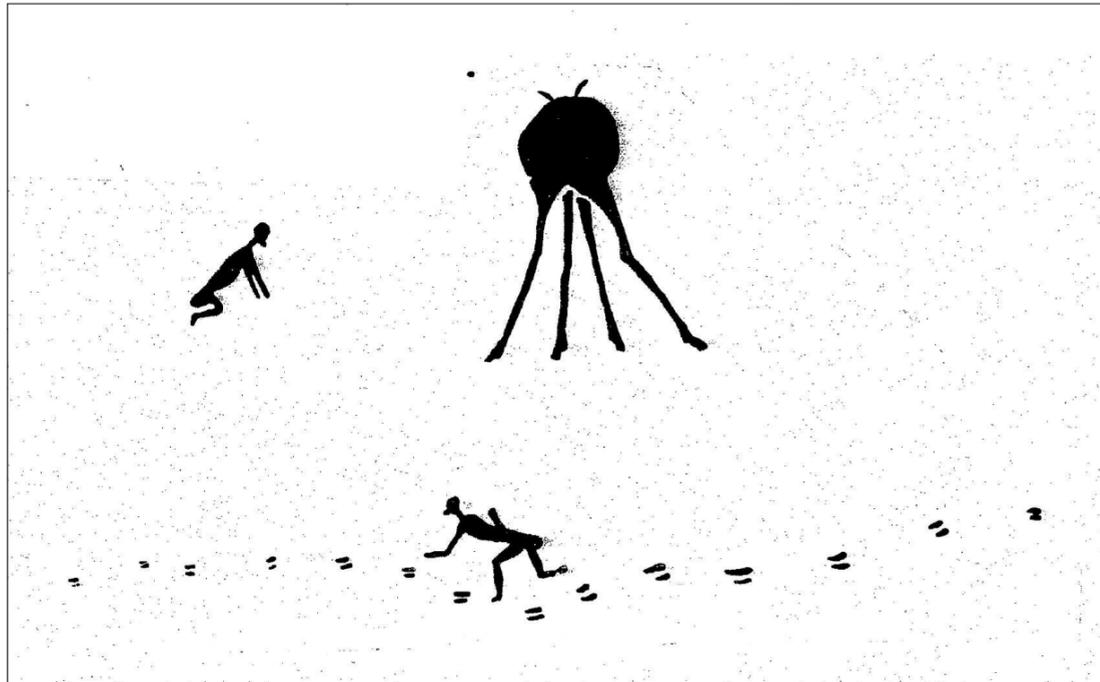
Karl Marx

Bereits in der klassenlosen Urgesellschaft entstand eine geschlechtsspezifische Arbeitsteilung, die «naturwüchsige» oder spontane Arbeitsteilung. Zuvor allerdings spielten Frauen weitgehend dieselbe soziale Rolle wie Männer. Sie gingen auf die Jagd, kämpften als Kriegerinnen und waren in sexuellen Beziehungen gleichberechtigt. Die biologische Funktion der Frau hemmte diese nur einen kurzen Zeitraum rund um die Geburt in ihrer sozialen Funktion. Alle Tätigkeiten, die mit der Mutterschaft zusammenhängen, wurden von der Stammesfamilie kollektiv erledigt. Erst im Verlauf von ökonomischen Errungenschaften und einer relativen Sesshaftigkeit fiel der Frau durch Gebärfähigkeit und Stillen die Versorgung der Kinder, das Hüten des Feuers und des Hauses zu. Der Mann nahm vermehrt Funktionen ausser Haus wahr. Trotz dieser Arbeitsteilung bestand noch keine Herrschaft. Die Arbeiten waren zwar je nach Geschlecht unterschiedlich, doch beide waren

gesellschaftlich gleichwertig, denn beide produzierten verschiedene, aber gleichsam notwendige Gebrauchswerte.

## Die Entstehung der Warengesellschaft

Durch die Entwicklung der Viehzucht und des Ackerbaus wurde die Produktivität stark gesteigert. Zum ersten Mal in der Geschichte war es möglich, mehr zu produzieren als für die unmittelbare Reproduktion der Gesellschaft nötig war. Nunmehr wurden nicht alle produzierten Güter sofort verzehrt, ein Teil konnte als Vorrat angelegt werden. Die Grundlage für die Entwicklung des Privateigentums und des Tauschhandels war geschaffen. Der Mann – die Frau war durch die naturwüchsige Arbeitsteilung ans Haus gebunden – begann, die angehäuften Vorräte mit anderen Stämmen zu tauschen und sich anzueignen. Dies führte dazu, dass gewisse Güter zusätzlich zu ihrem Gebrauchswert einen



Auf den Spuren der Arbeitsteilung

Tauschwert bekamen.

Von diesem Zeitpunkt an wurde der Tausch immer wichtiger und mit ihm auch der Warencharakter der Dinge und die Bedeutung des Tauschwertes. Es entstand ein Gefälle zwischen Dingen mit «blossem» Gebrauchswert und solchen mit Gebrauchs- und Tauschwert. Als Konsequenz davon sank die gesellschaftliche Wertschätzung der Frau, weil sie mit der Kindererziehung und der Familienarbeit hauptsächlich Gebrauchswerte schuf. Ihr war es nur beschränkt möglich, an der Warenproduktion und am Tausch teilzunehmen.

## Die «welthistorische Niederlage»

Mit allen grundlegenden Änderungen der Produktionsverhältnisse ändern sich auch die sozialen Beziehungen der Menschen. Eine der Folgen der Entstehung von Privateigentum und Warenproduktion war der Sturz der matrilinearen Verwandtschaftsfolge<sup>4</sup>, was von Engels als die «welthistorische Niederlage des weiblichen Geschlechts»<sup>5</sup> bezeichnet wird. In den uralten, geschlechtssymmetrischen Gesellschaften existierten keine engen Familiengrenzen und die Zugehörigkeit wurde über die Mutter geregelt. Das entstandene Mehrprodukt, welches in einer langen Entwicklung zum Privateigentum des Mannes geworden war, verlangte nach legitimen Erben und so trat an die Stelle der Matrilinearität die patriarchale Familie.

«Patriarchat, Vielehe, Kaufehe, Monogamie kennzeichnen eine Entwicklung, in der die Frau immer grössere Bereiche ihrer früheren sozialen und politischen Rechte an den Mann abtreten musste. Dies entsprach ihrer sinkenden Bedeutung in der Produktion der sich entwickelnden Warengesellschaft.»<sup>6</sup>

Noch heute, im Kapitalismus, finden wir die gleiche geschlechtsspezifische Arbeitsteilung und Familienstruktur wieder, obwohl deren objektive Notwendigkeit schon lange durch die technologischen Entwicklungen aufgehoben wurde. Der Kapitalismus hat ein direktes Interesse an dieser Struktur festzuhalten. Die unbezahlte Reproduktionsarbeit der Frauen produziert gratis und verantwortungsbewusst die kostbarste aller Waren: die Ware Arbeitskraft. Auch wenn dies eine wertvolle Ware ist, nützt das der Frau nicht viel, denn im Kapitalismus wird nicht die Bereitstellung der Arbeitskraft, sondern nur ihr direkter Einsatz im Produktionsprozess bezahlt.

Folglich wird der Kapitalismus die Frauenunterdrückung nicht beenden können, denn seine Logik folgt dem Profit. Er ist angewiesen auf die unbezahlte Arbeit der Frauen, deshalb wird auch auf ideologischer Ebene diese Arbeit nicht als vollwertige Arbeit anerkannt.

## Teil und Besonderheit

Aus dem Gesagten wird klar, dass die Entstehung des Geschlechterwiderspruchs mit der Entstehung der Klassengesellschaft eng verknüpft war oder wie Frigga Haug es sagt, dass Geschlechterverhältnisse auch Produktionsverhältnisse sind. Eine Reduzierung allgemeiner Gesellschaftsprobleme auf «Frauenfragen» müssen wir als Produkt von Herrschaftsideologie entlarven. Die Diskussion über Vereinbarkeit von Familie und Beruf für die Frau greift zu kurz. Solange eine Gesellschaft die Frage ihrer Reproduktion nicht gesellschaftlich und auf einem hohen qualitativen Niveau geregelt hat, wird die Frauenbenachteiligung fortbestehen. Andererseits sollen alle Menschen in der Reproduktions- oder Care-Arbeit ihre sozialen Interessen und Fähigkeiten entwickeln können, genauso wie niemand von der Erwerbsarbeit ausgeschlossen sein soll. Die Verknüpfung der Bereiche muss notwendige Grundlage einer emanzipatorischen

Politik sein. Die Geschlechterrollen sind für Frau und Mann zur Fessel geworden. Die Trennung von Produktion und Reproduktion, von Privat und Öffentlich, von Frauen- und Männerarbeit, von Hand- und Kopfarbeit, von Ökonomie, Politik und Kultur, muss aufgehoben werden. Erst wenn sich alle in die wichtigen Bereiche der Gesellschaft einmischen, kann die Entwicklung jedes Einzelnen die Entwicklung aller voranbringen.

Diese Ziele sprengen allerdings den kapitalistischen Rahmen. Darum sind frauenemanzipatorische Ziele ohne die Überwindung der Klassengesellschaft eine Illusion. Darum muss der Frauenkampf als Teil und Besonderheit des Klassenkampfes gehandelt werden: und ist der Geschlechterwiderspruch nicht Nebenwiderspruch sondern Teil und Besonderheit des Grundwiderspruchs.

**«mit der Teilung der Arbeit, ... welche ihrerseits auf der naturwüchsigen Teilung der Arbeit in der Familie ... beruht, ist zu gleicher Zeit auch die Verteilung, und zwar die ungleiche ... Verteilung der Arbeit und ihrer Produkte gegeben, also das Eigentum, das in der Familie, wo die Frau und die Kinder die Sklaven des Mannes sind, schon seinen Keim, seine erste Form hat.**

**... mit der Teilung der Arbeit ist die Möglichkeit, ja die Wirklichkeit gegeben, dass die geistige und materielle Tätigkeit, dass der Genuss und die Arbeit, Produktion und Konsumtion, verschiedenen Individuen zufallen, und die Möglichkeit, dass sie nicht in Widerspruch geraten, nur darin liegt, dass die Teilung der Arbeit wieder aufgehoben wird.»**

Karl Marx

<sup>1</sup> Caritas: Sozialalmanach 2009

<sup>2</sup> Wir benutzen den Begriff Reproduktionsarbeit, um jene Arbeit zu bezeichnen die notwendig ist, um die Arbeitskraft der ArbeiterInnenklasse zu reproduzieren, also Hausarbeit, Kindererziehung, Pflegetätigkeiten.

<sup>3</sup> Karin Bauer: Clara Zetkin und die proletarische Frauenbewegung, S.21

<sup>4</sup> Über die Mutterlinie bestimmte Verwandtschaftsfolge

<sup>5</sup> Friedrich Engels: Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates

<sup>6</sup> dito

## UNVERBREITETE NACHRICHTEN

In dieser Rubrik veröffentlichen wir u.a. Erklärungen zu Aktionen, die nicht unbedingt in den bürgerlichen Medien zu finden sind. Alle Texte stammen aus öffentlich zugänglichen Quellen wie z.B. www.indymedia.ch oder sie wurden uns per Mail zugeschickt.

## Swiss Staffing mit Sprays markiert

In der Nacht des internationalen Frauenkampftages, am 8. März 2009, haben wir das Gebäude der Swiss Staffing an der Stettbachstr. 10 in Dübendorf mit grossen Sprays markiert. Swiss Staffing nennt sich der Arbeitgeberverband für Personaldienstleister. Er wurde 1968 als Verband der Unternehmungen für Temporärarbeit gegründet und vertritt 244 Firmen, die einen Umsatz von 6 Mia. Franken erzielen. Am 24.6.2008 wurde mit der Gewerkschaft Unia ein sogenannter «Kompromiss» für einen branchenübergreifenden Gesamtarbeitsvertrag (GAV) ausgehandelt, der seit 1.1.2009 in Kraft ist. Von der Unia-Führung wird dieser Vertrag als grosser Erfolg gefeiert. (...) GAV um jeden Preis? Wir können in diesem Vertrag nicht viel mehr als einen faulen Kompromiss sehen, der miserable Arbeitsbedingungen zementiert. Nicht einmal die von der Gewerkschaft geforderten Mindestlöhne von 3500.- Franken für Festangestellte werden darin eingehalten. (...) Rund 300 000 Personen sind heute diesen prekären Arbeitsbedingungen unterworfen und es werden immer mehr. Temporärarbeit boomt. 12 Prozent beträgt das jährliche Wachstum in der Schweiz. Vor allem Frauen arbeiten unter prekären Verhältnissen. Wir meinen: Keine Verträge mit Sklavenhändlern! (...) Heraus zum 1. Mai!

## Aktion gegen Zürichversicherung

Heute Nacht, vom 1. auf den 2. Februar, haben wir in Zürich am Mythenquai die Zürichversicherung mit Farbe angegriffen, welche die ehemalige Genferversicherung geschluckt hat. Es ist auch eine Antwort auf das Kesseln der Anti-WEF Demo in Genf – und eine Antwort auf die Verhaftungen im Vorfeld des WEFs, auf die Demoverbote und das Niederknüppeln des Widerstandes gegen das Elitetreffen von Politik und Wirtschaft im verschneiten und gut bewachten Davos. (...) Nehmen wir unsere Geschichte und Perspektive in die eigenen Hände – erkämpfen wir sie uns gemeinsam für eine Welt ohne Ausbeutung und Unterdrückung. Smash WEF und Nato! Kapitalismus zerschlagen – Perspektive erkämpfen! Das Kapital ist angreifbar!

## Vasella von der Uni vertrieben!

(...) Das Schweizerische Institut für Auslandsforschung sagt den Vortrag von Daniel Vasella ab, der heute Abend am 31.3.09 in der Aula der Universität Zürich hätte stattfinden sollen. Der Rückzug Vasellas ist ein erster Sieg gegen die Einflussnahme der Konzerne auf die Universitäten. (...) Aus folgenden Gründen sind wir der Meinung, dass Vasella und das SIAF an der Uni nichts zu suchen haben: - Vasella behindert durch die Patentpolitik aktiv die Gesundheitsversorgung von Millionen von Menschen in Ländern des Südens und kassierte im Jahr 2008 dafür 44 Millionen; - Novartis ist einer der Konzerne, der aktiv auf Lehrinhalte Einfluss nimmt; (...) - Das SIAF ist kein wissenschaftliches Institut, sondern ein schlecht getarnter neoliberaler Think-Tank, der sich nach eigenen Angaben von seinen Partnern (Nestlé, Swiss Re, Swiss Life, Bank Von Tobel, Ernst and Young, Credit Suisse und UBS) «finanziell als auch ideell unterstützen» lässt. Obendrein behauptet es aber «politisch und wirtschaftlich unabhängig» zu sein (Zitate sif.ch). Unsere Aktion hat gezeigt, dass es möglich ist, sich gegen die penetrante Präsenz von Konzernen wie Novartis, Nestlé, UBS, CS, Ernst and Young, KPMG usw. an der Uni zu wehren. (...) Nur an einer Universität frei von Konzerninteressen ist kritische Forschung möglich. (...) Uni von Unten

# Sprung ins kalte Wasser

**RÜCK- UND AUSBLICK Im letzten Jahr wurde die Linke ganz schön gefordert. Nicht nur von der Krise, sondern auch von der kämpferischen Belegschaft der Officine, welche uns auf den Aufbau eines kämpferischen Netzwerks verpflichtete.**

(az) Wer dachte, nach dem spektakulären Streik der Officine würde wieder ruhiger Alltag für die Linke und GewerkschaftsaktivistInnen einkehren, irrte. Das Tempo, mit welchem das Streikkomitee ihren Kampf führte, setzte es am 31. Mai mit seiner Initiative für eine neue kämpferische ArbeiterInnenbewegung fort. Damit schmiss sie die klassenkämpferische Linke ins kalte Wasser und diese musste mit dieser Überraschung umzugehen lernen. Bis heute können wir bilanzieren, dass es drei grosse gesamtschweizerische Treffen mit 150 bis 300 Leuten gab und dass es in zwei Städten kontinuierliche Solikomitees gibt, welche sich auf das Netzwerk beziehen. Ein Erfolg, so denken wir, betrachten wir insbesondere die qualitative Seite. Das Netzwerk hat sich mit dem dritten Treffen konsolidiert, eine Plattform verabschiedet und sich den Namen «Netzwerk für eine kämpferische Bewegung der ArbeiterInnen» gegeben. Die anfängliche Euphorie konnte in kontinuierliche, stabile Zusammenarbeit überführt werden. Die Initiative hat die Beteiligten im richtigen Zeitpunkt erwischt, welche auf sorgfältige und solidarische Weise agierten und vor allem die Entwicklungsdynamik realistisch antizipieren konnten. Bei allen Grenzen, welche uns gesetzt sind, konnte das Netzwerk trotzdem das Mögliche erkennen und bescheiden um diese Schritte kämpfen.

### Bleibt alles möglich

Unter anderem anhand verschiedener Erfahrungen aus ähnlichen Projekten in Deutschland konnten wesentliche Kategorien in unseren Vernetzungsversuch einfließen, welche generelle Problemstellungen der heutigen Klassenkampfpraxis berühren.

Eine solche Kategorie ist die der Öffentlichkeit. Eine Vernetzung kann informeller, lockerer, klandestiner Natur sein, mit dem Ziel praktische Ad-Hoc-Strukturen bei Streiks zur Unterstützung anzubieten oder andere (Gewerkschafts-)Strukturen für solche zu nutzen. Dies bietet sich vor allem dann an, wenn der Gewerkschaftsapparat – wie in Deutschland – die Unvereinbarkeitsbeschlüsse (Ausschluss von KommunistInnen) durchsetzt, oder wenn nur von wenigen kontinuierlichen Kräften ausgegangen werden kann.

Mit dem offensiven Aufruf des Streikkomitees «Giù le mani» setzte das Netzwerk von Beginn an auf eine öffentliche Präsenz und die Lancierung einer Debatte um Strategien der ArbeiterInnenbewegung. Inzwischen hat sich gezeigt, dass das Netzwerk mit dieser Öffentlichkeit die nötige Fassbarkeit und Referenz erreicht hat, um auch Raum für verschiedene weitere Vernetzungsformen zu öffnen. Konkrete Unterstützung bei Kämpfen, wie auch politische Interventionen ergänzen sich, und die öffentlichen Treffen bieten Möglichkeiten, sich auch informell auszutauschen. Die Schwierigkeiten öffentlicher, unverpflichtender Treffen sind aber, dass sie sehr abhängig von Bewegungsdynamiken sind. Deshalb ist neben einer solchen Präsenz auch eine feste Struktur nötig, welche durch kontinuierliche gemeinsame Praxis ein gewisses Mass an Vertrauen und Verpflichtung erarbeitet. Im Netzwerk verkörpern dies vor allem die regionalen Solikomitees. In Zukunft wird die Beweglichkeit der Netzwerk-Strukturen, also der Mut Schritte zurück und Schritte nach vorne zu machen, weiterhin von grosser Bedeutung sein.

### Wohlfühlzone «Zwischenraum»

Eine weitere Kategorie ist die der Praxis. Sie betrifft vor allem die antikapitalistische Linke. Diesbezüglich haben die verschiedenen Vernetzungsinitiativen in der Schweiz aber auch in Deutschland geholfen, zu eruieren, welche Kräfte ernsthaft am Klassenkampf interessiert sind. Jedes Terrain oder jeder Sektor des Klassenkampfes zeichnet sich durch spezifische Bedingungen aus. Diese müssen undogmatisch analysiert werden, damit eine diesen angepasste Strategie entwickelt werden kann. Gerade die antikapitalistische Linke tendiert dazu, sich auf rein ideologischem Terrain zu bewegen und um die «richtige Interpretation» zu ringen. Dieser falsche Zugang ist nicht zu vernachlässigen, weil er sich auch in falschen Einschätzungen niederschlägt. Erst, wenn es um den Anspruch geht, «die Welt zu verändern», gehen wir ein praktisch-tätiges Verhältnis zur Umwelt ein. Ohne eine solche Praxis können sich klassische strukturalistische Irrtümer durchsetzen, welche die Gewerkschaft z. B. nur auf ihre Funktion der Ver-



waltung der Arbeitskraft reduzieren. In letzter Instanz stimmt diese Aussage zwar, aber durch die Reduktion geht die Widersprüchlichkeit, welche in der Gewerkschaft schlummert, verloren. In der Praxis wird klar, dass es durchaus Elemente in der Gewerkschaft gibt, welche ihrer Funktion entgegenwirken. Ähnlich verhält es sich im Arbeitsalltag. Auch dort ist die Unterordnung unter die Arbeitsbedingungen oft logisch nachvollziehbar und auch hier gilt es, die Situationen auszumachen, in denen diese Logik durchbrochen wird. Es sind dies die «Zwischenräume» oder «Graubereiche», in denen etwas möglich ist und wo Politik zur Zeit ihren Raum hat. Es gilt also, die Situation in ihrer Widersprüchlichkeit zu verstehen, in diese praktisch «einzutauchen», um dort den jeweiligen Emanzipations-Hebel zu finden und umzustellen.

### Immer flexibel... für den Arbeitskampf

Zwar ist die Debatte um Perspektiven sehr wichtig, doch macht sie nur Sinn, wenn es gelingt, sie mit einer Praxis im konkreten Klassenkampf zu verbinden. Im Sektor des Arbeitskampfes ist diese Frage besonders virulent, weil hier der Anspruch einer klassenkämpferischen Linken mit der ernüchternden Erkenntnis zusammenprallt, dass es zur Zeit keine selbständige ArbeiterInnenbewegung gibt. Um nicht einem Fatalismus, Attentismus oder einer Mystifikation der ArbeiterInnenklasse zu verfallen, ist es wichtig, die Bedingungen wirklich so wahrzunehmen, wie sie sind. Das hört sich banal an, erweist sich aber als sehr anstrengend, weil dazu erstens eine aufwendige, zeitintensive Praxis nötig ist und zweitens die Offenheit gegenüber neuen Kampfformen und Bündiskonstellationen auch das Sprengen von Routinen erfordert. Das Netzwerk bietet als Aktionsbündnis genau diesen Rahmen. Hier soll durch den Austausch von Ressourcen und Erfahrungen nicht um abstrakte Positionen, sondern um praktische Handlungsfähigkeit gerungen werden.

Für eine revolutionäre Linke ergeben sich dabei Möglichkeiten, Formen der Widerstandsbewegung in die Arbeitskämpfe einfließen zu lassen, aber auch die Pflicht, die eigenen Formen an die Notwendigkeiten eines Arbeitskampfes anzupassen. Dies mit der Perspektive eines Zusammengehens der Kämpfe. Und wir müssen mitunter mit der Herausforderung umgehen können, dass Arbeitskämpfe heute schnell an einen Punkt stossen, an welchem die kapitalistische Produktionsweise fundamental in Frage gestellt wird, gleichzeitig aber für deren Gelingen zur Zeit eine politische Offenheit und Breite nötig ist. Beispielhaft ist diesbezüglich wieder der Kampf der Officine. Als praktischer Kampf hat er sich nicht primär an Idealen – also den Wünschen von Philosophen – orientiert, sondern an den Bedürfnissen der Betroffenen, an deren Situation und natürlich an der Hoffnung, dass es auch anders möglich ist. Nach diesen richtete sich der Einbezug von Institutionen wie der UNiA, der Regionalpolitik, usw., welche sich schliesslich den Stempel des Klassenkampfes aufdrücken liessen. Betrachten wir die Verbindung von Tagespolitik mit revolutionärer Perspektive als das A und O kommunistischer Politik, so müssen wir uns praktisch mit solchen Strategien auseinandersetzen. Auch dafür bietet das Netzwerk den Raum.

Wir haben hier eine gekürzte Version des Artikels abgedruckt. Den Artikel in ganzer Länge veröffentlichen wir auf unserer Homepage unter der Rubrik «Arbeitskämpfe».

# Streikrecht vor Gericht

**KLASSENJUSTIZ In Liestal stehen AktivistInnen wegen eines Streiks bei Allpack im Jahr 2003 vor Gericht. Das Resultat: Ein „normaler“ Streik ist erlaubt – Blockieren allerdings nicht.**

(rabs) Die Ausgangslage ist klar. 22 Beschuldigte haben die Strafbefehle wegen Nötigung und Hausfriedensbruch, die sie letzten Juni zugestellt bekommen haben, nicht akzeptiert. Deshalb stehen sie Ende März vor dem Strafgericht in Liestal. Zusammen mit über 100 UnterstützerInnen, die von den Solidaritätskomitees Basel und Zürich sowie der Gewerkschaft Comedia mobilisiert worden waren. Für alle ist eindeutig, dass es hier nicht um mehr oder weniger Bussgeld und einen Eintrag im Strafregister geht, sondern um die grundsätzliche und politische Frage des Streiks. Wird ein Streik mit all den dazugehörigen Aktionen wie Streikposten und Blockaden nämlich als illegal erklärt, werden den Belegschaften wichtige Waffen im Kampf gegen die UnternehmerInnen aus der Hand genommen.



Demonstration durch Liestal vom 27. März 09

## Bürgerliches Schmierentheater

Die Urteile von SVP Strafrichter Spindler sind ein Skandal, aber trotzdem nicht überraschend: 5 Verurteilungen wegen Nötigung und Hausfriedensbruch, 4 wegen Nötigung und 9 wegen Hausfriedensbruch, 4 Freisprüche. Ein haarspalterisches Urteil, das peinlich genau unterscheidet, wer beim Stürmungsversuch der Streikblockade durch die Sondereinheit Barrakuda weggeprügelt wurde (Hausfriedensbruch) bzw. wer sich den Streikbrechenden in den Weg gestellt hat (Nötigung). Aus Sicht des Richters wurde nur deshalb niemand wegen «Widerstand gegen die Staatsgewalt» verurteilt, weil dies nicht Teil der Anklage war. Er folgte damit der Stossrichtung, die von Staatsanwaltschaft und Scheitlin-Anwalt Meyer vorgegeben wurde. Den Schein der Unabhängigkeit versuchte er, sich mit einer Rüge gegen die Untersuchungsbehörden zu geben. Da diese die Verfahren nicht zügig vorgebracht hätten, bleibe den Angeklagten die Bezahlung der Geldstrafen erspart.

## Streik ist keine juristische, sondern eine politische Frage

Damit gewichtet das Urteil gemäss der Logik der Klassenjustiz diejenigen Artikel der Verfassung, die den Unternehmern dienen, höher als das ebenfalls verankerte Streikrecht. «Der freie Zugang zu einer privatwirtschaftlichen Tätigkeit» wurde vom Richter für die Nötigung benutzt, das Eigentumsrecht für den Hausfriedensbruch. Das Motto, unter dem Staatsanwaltschaft und Anwalt von Scheitlin ins Feld zogen, wurde vom Richter ebenfalls bestätigt: Unternehmer dürfen mit der Aussperrung von «Arbeitswilligen» eine 100-prozentige Blockade durchführen, Streikende anscheinend nicht.

Diesen Klassencharakter aufzuzeigen war das Ziel der dreitägigen erfolgreichen Mobilisierung vor und im Gerichtsgebäude. Eine von den Solikomitees organisierte De-

monstration vor das Regierungsgebäude Liestals strich genau diesen politischen Aspekt heraus. Dieser wird, wenn die Angeklagten die Urteile weiter anfechten, bei einer Weiterführung der Kampagne der Hauptpunkt sein – vor allem in einem Umfeld, in dem wieder vermehrt Streiks auf der Tagesordnung stehen.

Ausführliche Berichterstattung mit Fotos zum Prozess und Demonstration auf [www.aufbau.org](http://www.aufbau.org) – Gewerkschaftstreffen - Allpack-Prozess

## Streik bei Allpack

Am 25. November 2003 treten die Beschäftigten der aus der Pharmaindustrie ausgegliederten Verpackungsfirma Allpack in Reinach (BL) in einen unbefristeten Streik und blockieren die Zufahrt zum Gelände. Mit dabei sind auch unzählige die sich mit diesem Kampf solidarisieren. Vier Tage zuvor stellte Robert Scheitlin, der Besitzer des Unternehmens, den ArbeiterInnen neue Verträge zu: Streichung des 13. Monatslohns, 1 Woche weniger Ferien, verringerter Mutterschaftsschutz und unbezahlte Mehrarbeit. Wer dies nicht akzeptiert, fliegt raus! Alle, die sich der Erpressung nicht beugen, streiken. Scheitlin versucht mehrfach sogenannte «Arbeitswillige», d.h. Streikbrecher in die Fabrik zu schleusen, meist erfolglos. Am 1. Dezember wird der Vermittlungsvorschlag von Allpack und Comedia, der Gewerkschaft der Beschäftigten, als ungenügend zurückgewiesen. Daraufhin kommt es zur prozessrelevanten einen Stunde. Die Polizei greift zweimal ein, beim zweiten Mal brutal mit einer Sondereinheit. Als Reaktion demonstrieren am nächsten Tag über 800 Leute durch Liestal. Am 4. Dezember geht der Streik zu Ende. Die Comedia nimmt jetzt einen Schlichtungsvorschlag an, der u.a. den Erhalt des 13. Monatslohns vorsieht. Die entlassenen ArbeiterInnen werden, zum Teil auf eigenen Wunsch, weil sie nicht mehr «bei diesem Schwein» arbeiten wollen, nicht wieder eingestellt.

# McKinsey und Krise bei Clariant

**MASSENENTLASSUNG 4000 – 2200 – 1300 – das sind die Zahlen, die die Clariant Konzern-Bosse in den letzten Jahren als unumgängliche Abbaumassnahme präsentierten. Ein Beispiel dafür, dass nicht nur in der grössten Krise des Kapitalismus kräftig entlassen wird.**

(rabs) Gleich fünf Mannschaftswagen der basellandschaftlichen Polizei fuhrten mit Blaulicht vor. Der Grund: Eine überhaupt nicht radikale Unterschriftensammlung mit der Forderung «Kurzarbeit statt Entlassungen». Für diese Aktion sind SekretärInnen der Gewerkschaft UNIA Ende Februar in die Muttenzer Clariant-Mensa «eingedrungen». Für den Werkleiter Armin Meile ist das allerdings schon zu viel. Er spricht von Rechtsmissbrauch und Hausfriedensbruch. Meile hat überhaupt kein Verständnis dafür, dass sich die Gewerkschaft nicht mit den monatlichen Gesprächen hinter verschlossenen Türen zufrieden gibt. Bei diesen informiere er die Betriebskommission immer bestens, also gebe es überhaupt keinen Grund für Proteste. Mit der Unterschrift haben übrigens über 500 Beschäftigte für eine öffentliche Betriebsversammlung aufgerufen. Dies, weil ein weiterer Abbau von weltweit 1300 Stellen, in Muttenz über 130, angekündigt worden war. Clariant kaufte bis im Jahr 2000 Firmen in ganz Europa ein, um dann bis heute über 10000 ArbeiterInnen auf die Strasse zu stellen. Die beschönigende Begründung für den neuerlichen Kahlschlag: «Unser Unternehmen kann (...) eine verbesserte operative Marge und einen soliden Cashflow vorweisen. Wir werden uns aber an die rückläufige Nachfrage (...) anpassen müssen. Gleichzeitig müssen wir unsere Restrukturierungsmassnahmen beschleunigen, um mit unseren Konkurrenten Schritt zu halten». Man könnte also meinen, eine überaus gesunde Firma, die ihre Kapitalrendite von 7,8% auf 9% gesteigert hat. Nicht so in diesem kapitalistischen Lehrstück, «muss» das Unternehmen doch die Kapitalrendite «über den Branchendurchschnitt von zur Zeit 10,5%» heben, um für das Kapital interessant zu sein.



Aktion bei Clariant in Muttenz (BL)

## «Clariant Excellence»

Als Kottmann als Konzernchef antrat, war eine seiner ersten Amtshandlungen, das «Projekt Clariant» anzustossen. Für diese Aufgabe beauftragte er die berühmte Beratungsfirma McKinsey. Wenn diese moderne Sklaventreiberagentur auftaucht, haben die Arbeitenden nichts zu lachen. Schon unzählige Belegschaften kennen die perfiden Methoden zur sogenannten «Kostenreduzierung». Das Ziel ist jedesmal eine Senkung der Kosten zwecks Profitsteigerung. Durchgesetzt wird dies mit einer Verbesserung der Arbeitsabläufe, was in der Praxis meist schlichter Arbeitshetze entspricht.

Kurze erholsame, «unproduktive» Pausen werden so eliminiert. «Clariant Excellence» heisst der Name für die von McKinsey eingeführte «permanente Restrukturierung». Auch die neue Prozessoptimierungs-Methode hat einen Namen, nämlich LeanSigma. Lean Sigma setzt sich zusammen aus Lean Production, eine ursprünglich aus Japan stammende, auf maximal reduzierte Durchlaufzeiten orientierte Unternehmensführung und Six Sigma, einer mathematischen Methode zur Fehlerreduzierung. Auf seiner Homepage preist IBM LeanSigma mit Referenzen zu in diesen Tagen nicht mehr sehr gut klingenden Firmen wie Credit Suisse, Caterpillar und American Express.

## Gewerkschaften: Nicht auf der Höhe der Zeit

Inzwischen hat laut der Gewerkschaft unia die Belegschaft einen Teilerfolg erzielt. Wie es in einer Mitteilung heisst, soll auf den 1. Mai (!) im Werk Muttenz Kurzarbeit eingeführt werden. Die Kündigung mindestens eines gewählten unia-Vertrauensmannes wird zurückgenommen und die weitere Unternehmensentwicklung werde ab Herbst an einem Runden Tisch diskutiert. Trotzdem wird laut Clariant am Entlassungsplan festgehalten. Protest hat also etwas bewirkt, aber genug? Sind das die Ziele, für die 500 Beschäftigte ihre Unterschrift gegeben und an der anschliessenden Betriebsversammlung für Kampfmassnahmen gestimmt haben? War das Schütteln der Kottmann-Puppe an einer unia-Aktion einfach nur Dampf ablassen? Sollen also die ArbeiterInnen gleich mehrmals die Krise bezahlen? Als SteuerzahlerInnen den Banken, als KurzarbeiterInnen mit nur 80% Lohn und als stille Entlassene? Fest steht, dass mit solchen auf einer längst verstaubten Sozialpartnerschaft aufbauenden Kompromissen die Gewerkschaft und damit die Belegschaft weiter in die Defensive geraten. Nicht Scheinkämpfe sind es nämlich, die den Widerstand von unten entwickeln, sondern solidarisches Handeln. Dass dies im Sinn von vielen ist, hat die Betriebsversammlung gezeigt, an der Kampfmassnahmen beschlossen worden sind. Höchste Zeit also für die Clariant-Belegschaft, sich am besten mit den ebenfalls betroffenen Beschäftigten an über 130 Produktionsstandorten in über 30 Ländern zusammenzutun.

# Die Opferrolle der PNOS

**ANTIRASSISMUSGESETZ Am 8. März präsentierte sich die Partei National Orientierter Schweizer (PNOS) als Opfer des Antirassismogesetzes. Was sagt das über ihre Stärke aus?**

(agafzh) Nachdem es letztes Jahr am gleichen Tag in Schwyz mit der Bewilligung nicht geklappt hatte, wollte die PNOS dieses Jahr am 8. März einen Protestmarsch gegen das Antirassismugesetz in Burgdorf durchführen. Nachdem klar wurde, dass die Präsenz der AntifaschistInnen einen ungestörten Demonstrationsablauf verhindern würde, schleusten sie ihre paar Dutzend Anhänger ins zehn Minuten entfernte Bern. Dort wurde dann mit circa 60-150 Personen eine kurze Demo im Eiltempo durchgezogen. Mitgetragen wurden Kantonsfahnen und in Redebeiträgen wurde gejamert, das Antirassismugesetz unterdrücke die «Freie Meinung des Helvetischen Volkes». Die AntifaschistInnen, welche sich um 14 Uhr in der Burgdorfer Innenstadt versammelt hatten, zogen sofort als Demonstration zurück zum Bahnhof und fuhren geschlossen mit dem Zug nach Bern. Dort angekommen waren jedoch die Faschos bereits mit ihren Autos auf dem Heimweg. Nach einer weiteren Demo durch Bern löste sich auch die Antifademo vor der Reitschule auf. Wenn die PNOS im Nachhinein also behauptet, gesiegt und die ganzen Gegendemonstranten genarrt zu haben, so ist das reine Augenwischerei. Die Szenerie ist klar: 150 unentschlossene Nazis die im Eiltempo durch Bern marschieren, um möglichst schnell wieder weg zu sein und sich als Opfer des ARG bemitleiden, gegenüber 350 entschlossenen und militanten AntifaschistInnen welche in zwei Städten selbstbestimmt demonstrieren und die geplante Kundgebung in Burgdorf verhindert haben.

Natürlich ist es beunruhigend, wenn Nazis sich wieder vermehrt die Strasse nehmen. Dagegen braucht es wie in Burgdorf und Bern viele mutige Antifaschisten und Antifaschistinnen, welche selbstbestimmt und ohne Bewilligungen auf die Strasse gehen.

Schaut man sich die PNOS vom politischen Gehalt her an und analysiert ihr Anliegen neue «unzufriedene» und «besorgte» Bürger zu gewinnen, relativiert sich die (politische) Gefahr einer braunen Flut.

Kämpft man sich durch die Propaganda auf ihrer Homepage merkt man schnell, da dominiert die Opferrolle gegenüber dem Antirassimugesetz und all den «bösen» Politikern, die man wie die fremden Vögte im Mittelalter davonjagen sollte. Diese Vorzeige-Demokraten bezeichnen das ARG als Beschneidung ihrer Meinungsfreiheit. Ihr Gejamere ist insofern verständlich, als das beinahe jedes ihrer Führungskader in einen Rassismus-Prozess verwickelt ist oder bereits verurteilt wurde. Damit füllen sie die Lücken, welche sie aufgrund ihrer eigenen politischen Schwäche nicht anders füllen können. Denn aus dem Jubel über den Einzug in den Langenthaler Stadtrat und in den Günsberger Gemeinderat ist Resignation geworden. Innerhalb der Partei ist man unzufrieden über die Angepasstheit und mangelnde Linientreue zur Partei. Die Betonung, Opfer des Antirassimugesetzes zu sein, soll somit nur von ihrer politischen Lähmung und zahlenmässiger Schwäche ablenken.

Ihre politische Hilflosigkeit zeigt sich auch an ihrem Aufgreifen von bisher typisch linken Themen:

Referendum gegen Rentenklau, WEF einäschern, Personenfreizügigkeit, Boykott gegen Kriegstreiber Israel und die aktuelle Krise. Ihr Aufruf zum Widerstand gegen das WEF verhalte jedoch im Nichts, soviel zu ihrer Mobilisierungsfähigkeit für alles was über Protest gegen Repression hinausgeht.



Gegendemonstration der AntifaschistInnen

Auch Symbole und Ästhetik werden, wie beim grossen Bruder in Deutschland, den Linken abgeschaut: So war am 8. März ein schwarz-rot/libertäres Transparent mit der Aufschrift «Nationalismus ist auch Frauensache» und einem Weiblichkeitssymbol zu sehen.

Es ist nicht in unserem Interesse uns mit ihnen über ihre Positionen zu streiten. Auf diese Argumente einzusteigen und sie zu entkräften, brächte ihnen nur mehr Aufmerksamkeit. Das Letzte was wir wollen, ist eine Diskussion über die richtige Auslegung unserer Argumente. Auf einen Linienkampf mit der PNOS können wir verzichten. Was für uns letzten Endes zählt sind nicht ihre verlogenen Argumente, sondern ihre rechtsextreme Politik und ihr Fremdenhass. Auch wenn sie versuchen unsere Argumente aufzugreifen, sie sind und bleiben Nazis.

Wichtig bleibt für die revolutionäre Linke also ihre eigenen Positionen zu stärken, sich die Strasse zu nehmen und mit revolutionärer Politik an Arbeitskämpfen präsent zu sein. Als nächstes auf der Agenda steht dabei der 1. Mai 2009, der Kampftag aller Arbeiter und Arbeiterinnen.

# Strassburg: Kriegsgipfel angegriffen

**NATO Eine Delegation des Revolutionären Aufbaus nahm am Widerstand gegen den Nato-Gipfel Anfang April in Strassburg teil. Ein Bericht.**

(agafb) Die Geschichte der Nato lässt sich einfach zusammenfassen: Sie besteht aus 60 Jahren militärischer, geheimdienstlicher und propagandistischer Verteidigung der Interessen des westlichen Kapitals. Diese sechzig Jahre imperialistischer Kriege und konterrevolutionärem Terror wollte die Nato am 3./4. April gebührend feiern. Militärisch unter grossem Druck (Afghanistan) und im Bewusstsein, dass die Antikriegsbewegung abgeflaut ist, gingen die KriegsstrategInnen dafür in die Offensive: Frech wählten sie als Tagungsort ihrer Feier nicht irgendeine Insel oder Bergfestung, sondern die geografische Mitte Europas, das Elsass und Südbaden. Doch sie unterschätzten das Mobilisierungspotenzial der Friedensbewegung – insbesondere ihres antikapitalistischen Teils. Am Tag nach dem Gipfel titelten die Sonntagszeitungen überall «Schwere Krawalle überschatteten Nato-Gipfel» und ähnlich. Ein grosses Lob, denn die Ausgangslage war schwierig.

Wieder einmal zeigte sich nämlich der enge Zusammenhang von Krieg gegen aussen und Repression gegen innen. Sämtliche Ebenen der staatlichen Repressionsmaschinerie liefen auf Hochtouren: Chefredaktionen wurden ins Gebet genommen, auch ja positiv über den Gipfel zu berichten, Geheimdienste steigerten ihre Versuche linke Strukturen zu infiltrieren, die Verwaltung legte der Mobilisierung – auf lokaler Ebene mit Demo- und Camp-Verboten, auf europäischer Ebene mit dem Ausserkraftsetzen des Schengener Abkommens – Steine in den Weg, und die Polizei versuchte durch Einreiseverbote und Meldeauflagen Militante von Strassburg fernzuhalten. Natürlich gibt es auch keinen Grund zur Annahme, dass die Justiz plötzlich ihren Klassencharakter ‚vergisst‘ und auf drakonische Strafmasse verzichtet, wenn sie es schafft GenossInnen zu verurteilen.

## no war but classwar

Doch der Widerstand hielt Stand: Ab Mittwoch mussten wir uns parallel zu den Demo- und Blockade-Planungen täglich mit Barrikaden und stundenlangen Strassenkämpfen der Polizei provokationen und -angriffen erwehren. Gleichzeitig nahm ein Zeltlager Gestalt an, das den Internationalismus mit Händen fassbar machte. Leute waren von ganz Europa von Weissrussland bis Griechenland und von England bis Spanien her angereist. In solidarischer Weise fanden da die verschiedensten Widerstandsformen ihren Platz. Von betenden



Spray in Strassburg - Auch das riesige Repressionsaufgebot konnte dem Widerstand die Strasse nicht nehmen

Pax Christi-Leuten bis zu Steinschleuderbastelnden türkischen GenossInnen war alles vertreten.

Am Samstag dann machten wir uns bereits um drei Uhr morgens auf den Weg Richtung Zentrum. Acht Kilometer Weg und insgesamt 25 000 PolizistInnen würden zwischen dem Tagungszentrum und uns liegen. Es war bereits die Sonne aufgegangen als wir den äusseren Verteidigungsring durchbrochen haben und dann am zweiten zu scheitern. Es waren die martialisch gesperrten Kanal-Brücken über den Petit-Rhin. Es kam erst wieder Hoffnung auf, als Verstärkung aus dem Camp kam. Nun begann ein stundenlanger Stellungskampf auf einer dieser Brücken. Zu Beginn Steine gegen Tränengas, nach einer Stunde Molotov-Cocktails und brennende Barrikaden gegen Schockgranaten. Nach etwa drei Stunden und etlichen Verletzten auf beiden Seiten kam der Durchbruch: Die Polizei musste sich unter Steinhagel zurückziehen. Scheinbar völlig demoralisiert liessen sich danach die Staatsbeamten nicht mehr blicken. So konnte die Demo an einer Tankstelle mit Wasser und Snacks versorgt, Überwachungskameras heruntergeholt werden, und das ehemalige Zollgebäude auf der Brücke, auf welcher vier Stunden vorher noch Sarkozy,

Obama und Merkel in die Kameras lächelten, ging in Flammen auf. Noch mehrere weitere Häuser brannten nieder, einige davon schlicht aus der Dynamik heraus und wenig begrüssenswert, andere politisch gezielt, wie etwa in Solidarität mit den Tarnac-Angeklagten ein TGV-Pavillon oder ein Hotel in welchem während dem Gipfel Polizisten einquartiert waren und wo deren Waffen entwendet werden konnten.

Von den lichterloh brennenden Häusern unbeeindruckt, begann nun die eigentliche Demo mit etwa 20 000 Menschen. Sie wurde aber daran gehindert, über eine weitere Brücke in die Strassburger Altstadt vorzudringen und auch der Rückweg war nun versperrt und so waren wir zwischen zwei Kanälen blockiert. Nochmal viel Tränengas, brennende Barrikaden und der Versuch eines Kessels, der aber unter Steinhagel und Molotovs schnell aufgegeben wurde. Irgendwann konnten wir dann in kleinen Gruppen zurück aufs Camp und schliesslich zurück in die Schweiz. So fanden erfolgreiche und ermutigende Tage ihren Abschluss in vom Tränengas gezeichneten Gesichtern und wundgelaufenen Füßen.

# Die Krisenspirale dreht auch an der Repression

**Am 4. Mai geht in Mailand der politische Prozess gegen 17 KommunistInnen zu Ende. Die Staatsanwaltschaft fordert 192 Jahre Haft für die am 12.2.07. im Rahmen der international koordinierten Aktion gegen den Konstituierungsprozess der PC p-m Verhafteten.**

(gpw) Staatsanwältin Boccassini betonte schon in der Anklageschrift, dass es dem Staat durch die Festnahmen gelungen sei, den Aufbau einer «verfassungswidrigen» subversiven politisch-militärischen Partei in Italien zu verhindern, bevor diese in Aktion treten konnte. Sie hätten viele Arbeiter und Jugendliche um sich geschart, sich klandestin verhalten, die illegale Zeitung «Aurora»<sup>1</sup> herausgegeben und Waffen beschafft. De facto aber konnte ihnen, ausser dem Versuch, einen Bankautomaten zu knacken und dem illegalen Waffenbesitz, nichts Konkretes nachgewiesen werden. Im übrigen stammt eine der gefundenen Waffen aus einem alten Bestand der kommunistischen Partisanen, die von diesen an die damals neu gegründeten Brigade Rosse weitergeleitet wurde und zuletzt eben bei den GenossInnen der PC p-m gelandet ist. Schöner kann ein politisch roter Faden durch die Geschichte revolutionärer Kämpfe nicht nachvollziehbar gemacht werden!

## Den Spiess umdrehen

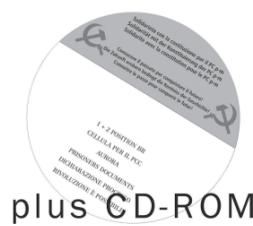
«Der Neubeginn der revolutionären Bewegung führt auch durch den Gerichtssaal und die Gefängnisse als unvermeidbare Passagen für die Militanten, die sich ernsthaft mit dem revolutionären Kampf identifizieren.»<sup>2</sup> Diese Worte setzten die politischen Gefangenen der PC p-m im Prozess von Mailand in die Tat um. Geschickt und offensiv drehten sie den Angriff um, machten ihn zu ihrer Initiative und nutzten ihn als politischen Bühne revolutionärer Politik.

So mischten sie sich offensiv mittels Erklärungen in den laufenden Prozess ein: politisch-programmatische oder auch solidarische wie zum Beispiel zum Tag der politischen Gefangenen am 18.3.08 in Berlin, zum Prozessbeginn gegen die Militanten Gruppen (mg) oder

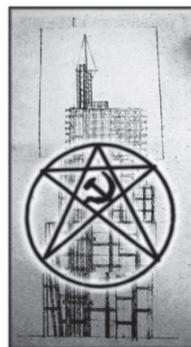
## INTERNATIONALE DEBATTE

DIE ZUKUNFT EROBERN BEDINGT DIE KENNTNISS DER GESCHICHTE!  
**DIE REVOLUTION IST NOTWENDIG –  
DIE REVOLUTION IST MÖGLICH!**

TEXTE DER PC P-M  
8 CD MIT TEXTEN  
DER 2. POSITION DER BR BIS ZUR PC P-M



plus CD-ROM



Internationale Debatte  
Postfach 1121  
CH-8026 Zürich  
März 2009

zum Hungerstreik türkischer Gefangener. Sie verhielten sich solidarisch mit streikenden Arbeitern, die vom Staat oder Kapital angegriffen wurden, riefen Parolen, liessen sich räumen, wenn einer von ihnen nicht zu Wort kam. Zudem erschienen sie nicht zum Prozess, als ein Kronzeuge geladen wurde. Ihre Anwälte haben viel Erfahrung in politischer Prozessführung und wurden aus diesem Grund ganz bewusst von den Angeklagten ausgewählt. Zusammen agierten sie mit ihnen politisch offensiv.

Am 4. Mai geht der politische Prozess in die letzte Runde. Die Rote Hilfe International mobilisiert zusam-

men mit der Roten Hilfe Italien zu einer kraftvollen Kundgebung vor dem Gericht und einer kämpferischen und solidarischen Präsenz im Gerichtssaal. Die internationale Klassensolidarität soll Grenzen sprengen und eine klare Absage an die Abschreckungsversuche ausdrücken. Die starke Solidarität mit den Gefangenen und ihrer Prozessführung veranlasste nämlich im Winter 08 die Mailänder Staatsanwaltschaft, in Zusammenarbeit mit der Schweiz, die «Solidarität»<sup>3</sup> selbst auf die Anklagebank zu setzen.

## Den Gefangenen eine Stimme geben

Die präventive Konterrevolution versucht mittels neuen Strafgesetzkartikeln dies zu verhindern. In Zukunft soll es strafbar sein, Briefe oder Texte von politischen Gefangenen, welche dem speziellen Isolationsparagrafen 41bis unterstehen, zu veröffentlichen! Die RHI wird alles daran setzen, diesen wie anderen revolutionären Gefangenen auch nach dem Prozess eine Stimme zu geben<sup>4</sup>, damit sie ihr politisches Projekt dem Widerstand in den diversen sozialen und politischen Bewegungen und in internationalen Debatten vermitteln und weiterentwickeln können. In der aktuellen Krise des Kapitalismus leisten die revolutionären Gefangenen mit ihrer aktiven Auseinandersetzung einen wichtigen Beitrag, der für uns alle draussen, die nicht wollen, dass es so bleibt wie es ist, von grosser Bedeutung ist. «Der Weg ist nicht einfach und auch nicht automatisch. Die zu lösenden Fragen sind zahlreich, dort setzen Debatte und Einsatz der RevolutionärInnen an...»<sup>4</sup> In diesem Sinne ist der Kampf um und mit den revolutionären Gefangenen auch ein Kampf gegen Resignation und für eine revolutionäre Perspektive.

<sup>1</sup> Aurora kann über das Postfach 1121, CH-8026 Zürich bezogen werden.

<sup>2</sup> Zitat aus Text der Militanten für die PC p-m zum Prozessbeginn gegen die mg in Berlin. Sept. 2008

<sup>3</sup> Die schweizerische Bundeskriminalpolizei stellte den italienischen Kollegen dazu ein spezielles Dossier zusammen!

<sup>4</sup> Neueste Ausgabe der Internationale Debatte: Texte der PC p-m

# 18. März – Tag der politischen Gefangenen

**18. MÄRZ Auch dieses Jahr wurde wegen der anhaltenden Repression am 18. März wieder weltweit Solidarität mit den politischen Gefangenen gezeigt.**

(gpw) Der 18. März als Tag der Klassenkämpfe hatte schon lange Tradition bevor er zusätzlich auch zum Tag der politischen Gefangenen ernannt wurde. An diesem Tag erhoben sich 1871 die Pariser ArbeiterInnen und schufen für eine kurze Zeit ein selbst verwaltetes Paris im Sinne der ArbeiterInnen. Nach nur 71 Tage wurde der Aufstand blutig unterdrückt und 30 000 Revolutionäre niedergemetzelt. Unter diesem Hintergrund und wegen der anhaltenden Repression rief der Vierte Weltkongress der Komintern 1922 den 18. März als «internationalen Tag der Hilfe für die politischen Gefangenen» aus. Dieser wurde bis zur faschistischen Diktatur, wo der Solidaritätstag verboten wurde, auch regelmässig begangen. Seit 1996 gibt es an dem Tag wieder regelmässig Aktionen. Dass der Solidaritätstag wichtiger ist denn je, zeigen die aktuellen Entwicklungen.

## Verschärfte Repression

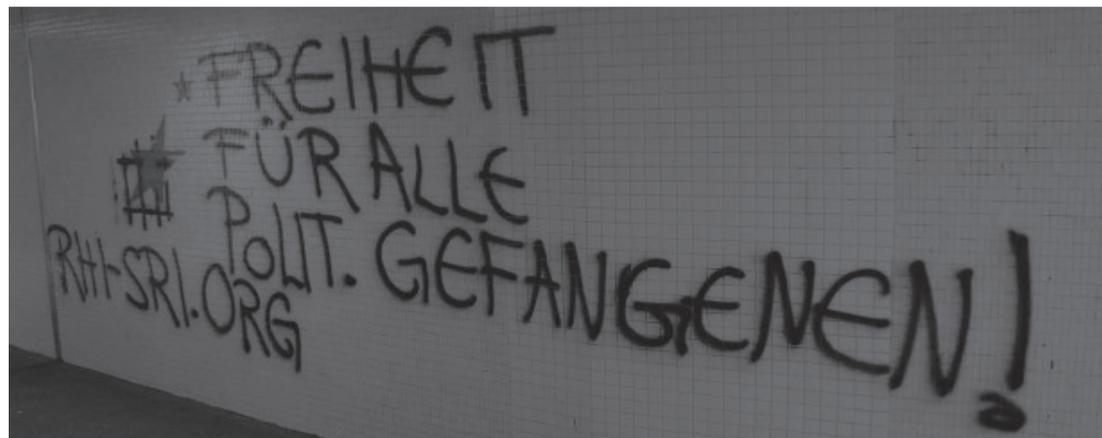
Die Herrschenden scheinen sich schon seit längerem über die Krise ihres Systems im Klaren zu sein. Versuchen sie doch schon seit Jahren Massnahmen zur Sicherung ihrer Herrschaft zu erstellen. Unter schön klingenden Namen wie «Anti-Terror-Gesetze», welche seit den Anschlägen am 11. September 2001 Hochkonjunktur haben, werden Gesetze und Möglichkeiten geschaffen, die dem Staat eine präventive Eingreifmöglichkeit in jegliche Kämpfe ermöglicht. Unter dem Vorwand der Wahrung der Demokratie gespickt mit einer obskuren Islamophobie, die unter der Bevölkerung gesät wird, ist es dem Staat in der momentanen Situation ein Leichtes, diese Verschärfungen durchzusetzen. Ein Beispiel für diese Entwicklung ist die Angleichung der Anti-Terror Gesetze in den EU-Ländern. Ein anderes exemplarisches Beispiel ist der Gesetzesparagraf 129b, der in Deutschland unter dieser Entwicklung entstand. Zwar schon vor dem 11. September entworfen, aber danach mit der Angst durch den «internationalen Terror» als gültiges Gesetz abgesegnet, ermöglicht der Artikel nun auch Personen und Organisationen des «Terroris-

mus» zu bezichtigen und zu verurteilen, auch wenn sie in Deutschland keine «strafbaren Handlungen» durchgeführt haben. Dies ermöglicht der BRD nun Revolutionäre aus Folterstaaten wie zum Beispiel der Türkei auch in Deutschland zu verfolgen und anzuklagen. Diese neuen Gesetze haben auch dieses Jahr wieder unzählige Revolutionäre am eigenen Leibe erfahren müssen. So nähern sich in Berlin, Stuttgart-Stammheim und Mailand die Urteile in den Verfahren gegen die «militante gruppe» (mg), DHKP-C (Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front) und PC p-m (Politisch-

Prozess zu sprechen.

## Die Gefangenen – ein Teil von uns

Was alle politische Gefangenen gemeinsam haben, ist, dass sie wegen ihrer fortschrittlichen Einstellung und ihrer Taten vom Staat von der Bildfläche entfernt wurden. Doch auch zwischen ihren vier Wänden lassen sie sich nicht einfach besiegen. Sie führen ihren Kampf auch dort mit den ihnen begrenzt zu Verfügung stehenden Mittel weiter. Darum ist es für die Menschen ausserhalb der Knastmauern wichtig, dass sie die Gefangenen als das betrachten, was sie sind: kämpfende,



Spray zum 18. März 2009 in Zürich

militärische Kommunistische Partei). Die in Deutschland angeklagten Gruppen mg und DHKP-C erleben momentan was es bedeutet, unter dem Artikel 129 angeklagt zu sein. Vor allem die angeblichen Mitglieder der DHKP-C, die ihren Prozess und die U-Haft in dem schon für die Gefangenen der Roten Armee Fraktion hochgerüsteten Gefängnis Stuttgart-Stammheim erdulden müssen, zeigen exemplarisch auf, wie der kapitalistische Staat mit seinen Gegnern umgeht. Trotz schwerer Herzkrankheit eines des Angeklagten sind die Haftbedingungen inhuman. Neben 23 Stunden Isolationshaft wird den Angeklagten zum Beispiel auch verboten, mit Besuchern über den sowieso skandalösen

politische AktivistInnen in den Händen des Repressionsapparates.

Dieses Jahr hat einmal mehr gezeigt, dass wer sich gegen das herrschende System stellt, gegen die Ungerechtigkeit auf die Strasse geht oder sich auch nur kritisch äussert, sehr schnell Bekanntschaft mit dem Repressionsapparat macht. Die Repression trifft uns, die uns gegen die aktuellen Zustände wehren, alle. Darum soll der 18. März auch nicht isoliert von den kämpfenden Leuten ausserhalb der Knäste betrachtet werden. Der Kampf für die politischen Gefangenen ist erst dann vollendet, wenn der Kampf gegen das kapitalistische System beendet ist.

# Um Nepals Zukunft wird auf allen Ebenen gekämpft

**NEPAL In Nepal spielen sich derzeit Klassenkämpfe auf allen Ebenen ab. Trotz Rückschritten bleibt ein Sieg der revolutionären Kräfte möglich.**

(agkk) 2006 wurde der während eines Jahrzehnts von der CPN(M) geführte Volkskrieg zugunsten eines Friedensprozesses beendet. Dieser beinhaltete die Fusion der maoistischen Volksbefreiungsarmee (Peoples Liberation Army, PLA) mit der königlichen Armee, die Auflösung der Organe der Volksmacht in den befreiten Zonen sowie Wahlen zu einer Verfassungsgebenden Versammlung. Der revolutionäre Aufbau stand diesem Vorgehen skeptisch gegenüber und schloss sich der solidarischen Kritik der indischen GenossInnen der CPI(Maoist) an<sup>1</sup>. Diese besagte, dass eine Zusammenarbeit mit den parlamentarischen Kräften nicht möglich sei, weil diese entgegengesetzte Klasseninteressen vertreten würden. Mit der Verschmelzung der PLA mit der königlichen Armee und der Auflösung der Organe der Volksmacht stünde das Volk einer reaktionären Offensive schutzlos gegenüber. Würde alles bisher erreichte verloren gehen?



Genosse Pasang, oberster Kommandant der Peoples Liberation Army

## Wahlsieg der MaoistInnen

Seither sind zweieinhalb Jahre vergangen und in Nepal hat sich einiges ereignet. Die lokalen Organe der Volksmacht, wie die Volksgerichte und die Volksmilizen, wurden mehrheitlich aufgelöst. Erfreulicherweise lässt jedoch die Fusion der beiden Armeen auf sich warten. Die PLA wurde auch nicht entwapnet und die Uno-Mission, seit Anfang 2007 im Land, hat nur den Charakter einer Überwachungsgruppe. Im April 2008 fanden die Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung statt. Die überragende Siegerin hiess CPN(M). Sie eroberte mehr als ein Drittel aller Sitze. Der Nepali Congress eroberte als zweitstärkste Kraft nicht einmal halb so viele Sitze. Dadurch konnte die CPN(M) mit anderen Parteien zusammen die neue Regierung bilden. Der wichtigste Koalitionspartner ist die CPN(UML)<sup>2</sup>.

Unsere schlimmsten Befürchtungen einer unmittelbaren Konterrevolution sind also nicht eingetreten. Allerdings gibt es auch klare Anzeichen dafür, dass ein friedlicher Übergang zum Sozialismus nicht möglich ist.

## Die Staatsarmee rekrutiert...

So gab es in den letzten Monaten Streitereien um Rekrutierungen in beide Armeen. Angefangen hatte es zu Beginn dieses Jahres. Die ehemals königliche Armee – sie nennt sich nun nepalesische Armee – kündigte an, ca. 3000 neue Soldaten zu rekrutieren. Den Befehl des Verteidigungsministers der CPN(M), dies zu stoppen, ignorierte sie.

Ihr Chef Katawal hat diesen Posten bereits unter dem König inne gehabt und somit den Volkskrieg bekämpft. Es ist deshalb nicht verwunderlich, dass er sich der demokratisch legitimierten Regierung widersetzt. Viel lieber unterhält er sich mit militärischen Grössen imperialistischer Mächte, wie zum Beispiel dem «Commander in Chief of the British Army General Sir David Richards» oder er trifft seinen alten Vorgesetzten, den 2008 abgesetzten König Gyanendra. Beides Personen, welche sich mit Sicherheit gegen einen sozialistischen Wandel in Nepal stellen. Es scheint also, dass die vom

Volk gewählte Regierung keinen Einfluss auf die nepalesische Armee hat.

## ... die Volksbefreiungsarmee auch

Anfang März hat nun auch die PLA etwa 12 000 Neurekrutierungen angekündigt. Das ist genau die Anzahl, welche sie auf Betreiben der UNMIN<sup>3</sup> letztes Jahr aus dem Dienst entlassen hatten – die meisten davon, weil sie noch nicht 18 Jahre alt waren. Damals schrumpfte die PLA um ein Drittel auf etwa 19'000. Nun soll wieder die ursprüngliche Grösse von mehr als 30'000 hergestellt werden, so die Begründung der PLA-Führung. Allerdings ist es wohl eher eine Reaktion auf die Einstellungen der nepalesischen Armee. Zwischen den bewaffneten Kräften scheinen also die Fronten klar abgesteckt zu sein. Unklar ist allerdings, wo sich Teile der Parteiführung, allen voran der Parteivorsitzende und Premierminister Prachanda, positionieren. Der hat sich nämlich von Anfang an öffentlich gegen die Rekrutierungen der PLA ausgesprochen und versprochen, er werde sie unterbinden. Dies jedoch missachtete die PLA-Führung und fuhr unberührt fort. «Die PLA wird die Rekrutierungen nicht mal dann stoppen, wenn der Parteivorsitzende und Premierminister Pushpa Kamal Dahal höchstpersönlich den Befehl gegen die Neueintritte gibt», liess der Kommandant der siebten Division verlauten. «Nicht einmal Genosse Prachanda kann uns stoppen.»

Das uneinheitliche Auftreten der MaoistInnen kann unterschiedlich interpretiert werden. Einerseits könnten die Aussagen von Prachanda ein Lippenbekenntnis sein, um die bürgerliche Öffentlichkeit und die «internationale Gemeinschaft» zu beschwichtigen; hinter geschlossenen Türen würde er aber die Vorgehensweise der PLA befürworten. Trifft dies zu, so ist es fraglich ob dies eine kluge Taktik ist, kann sie doch zu viel Verwirrung führen. Es sprechen allerdings auch

handfeste Tatsachen gegen diese Version. So wissen wir, dass es auch zur Frage der Fusion beider Armeen unterschiedliche Meinungen in der Partei gibt. Folglich sind auch die Differenzen zu Neurekrutierungen gut möglich. Zudem lässt folgendes Zitat von Prachanda aufhorchen: «Ich kann die PLA-Kommandanten nicht anweisen, die Rekrutierungen zu stoppen in meiner Funktion als Vorsitzender der CPN(Maoist), weil die PLA nun der Regierung und dem AISC unterstellt ist.» Das AISC<sup>4</sup> ist aber nur ein Gremium, das die Fusion der beiden Armeen vorbereiten soll. Die PLA ist weiterhin der CPN(M) unterstellt. Angesichts der Zusammensetzung des AISC – auch der Nepali Congress ist darin vertreten – ist es äusserst bedenklich, dass Prachanda ihm verbal das Kommando über die PLA zuspricht.

## Klare Fronten

Die Aufstockungen auf beiden Seiten zeigen, dass sie unterschiedliche Klasseninteressen vertreten. Weitere Indizien dafür sind die Befehlsverweigerung der Führung der nepalesischen Armee und ihre Treffen mit ausländischen Militärs. Unsere Überlegungen, die wir zu Beginn des Friedensprozesses geäussert hatten, sind somit diesbezüglich bestätigt: Durch Wahlen kann der Charakter eines derartigen Machtorgans nicht geändert werden.

Die Reaktion der PLA ist hingegen ein positives Zeichen. Denn im bisherigen Verlauf des Friedensprozesses haben die Maoisten schon viel an realer Gegenmacht aufgegeben. So hatten sie am Ende des Volkskrieges 80% der Landesfläche unter ihrer Kontrolle. In diesen Gebieten gab es Organe der Volksmacht, wie Volksgerichte oder die Volksmiliz. Die PLA ist folglich das wichtigste verbleibende Machtorgan. Ihre Stärke zu erhalten ist unserer Meinung nach deshalb äusserst wichtig.

## Machtkämpfe oben

Was bei aller Kritik an Prachanda nicht ausser Acht gelassen werden darf, sind die Umstände, in denen sich seine Regierung bewegt. So versuchte der Nepali Con-

gress seine Koalition von aussen zu spalten, indem er den ehemaligen Generalsekretär der CPN(UML) als neuen Premierminister einer alternativen Regierung vorschlug. Mitte Februar erteilte jedoch der Generalkonvent der CPN(UML) diesem Versuch die Koalition zum scheitern zu bringen mit knapper Mehrheit eine Absage. Auf den Sekretär vom Premierminister, ein Politbüromitglied der CPN(M), wurde gar ein Mordanschlag verübt, der glücklicherweise misslang<sup>5</sup>. In diesem Umfeld ist es auch nicht verwunderlich, dass die Ausarbeitung einer neuen Verfassung kaum Fortschritte macht.

Eine Beurteilung, was die Regierung positives bewirken kann fällt uns schwer. Wir verneinen nicht, dass die Arbeit auf Regierungsebene durchaus ein Teil der Taktik sein kann. Allerdings müssen Klassenkämpfe an der Basis das zentrale Element sein.

## Klassenkämpfe von unten

Trotz des Wahlerfolgs und des Regierungseinzugs haben die Menschen an der Basis das Kämpfen nicht verlernt. Es finden noch immer zahlreiche Klassenkämpfe im ganzen Land statt. So machen sich maoistische Gewerkschaften immer wieder durch Aktionen bemerkbar. Letzten November wurden 60 Unternehmen im wichtigsten Industriegebiet Nepals durch Streiks dazu gezwungen, die Produktion zwischenzeitlich einzustellen. Ein Tochterunternehmen eines indischen Kosmetikkonzerns wurde mit der Forderung nach 10% mehr Lohn bestreikt. Zudem wurden die von ihr gesponserten Miss-Nepal-Wahlen von MaoistInnen mit einem Boykottaufruf bekämpft. Es finden auch zahlreiche weitere Kämpfe im ganzen Land statt, so zum Beispiel von der Jugend oder den StudentInnen. Auch in den ländlichen Gebieten ist es nicht ruhig. Es gibt vereinzelt Berichte über noch aktive Volksgerichte und Landbesetzungen, die durchgeführt werden.

## Offener Ausgang

Abschliessend lässt sich sagen, dass die Kritik am aktuellen Kurs der Partei berechtigt ist. Die Vorteile der demokratischen Republik – im Vergleich zu einer neuen Demokratie – sind für uns nicht ersichtlich. Allerdings kann aus heutiger Sicht auch nicht von einem Scheitern die Rede sein. Die laufenden Kämpfe zeugen vielmehr von einem nach wie vor vorhandenen Klassenbewusstsein an der Basis. Der Ausgang des Kampfes um die Macht in Nepal ist deshalb offen. Ein weiterhin aufmerksamer Blick in Richtung Himalaya ist notwendig.



Katawal, Chef der nepalesischen Armee

<sup>1</sup> «Mit der gegenwärtigen Taktik ist Vorsicht geboten», aufbau Nr. 46

<sup>2</sup> Communist Party of Nepal (United Marxist Leninist), revisionistisch orientiert

<sup>3</sup> United Nations Political Mission in Nepal

<sup>4</sup> Army Integration Special Committee

<sup>5</sup> «The unravelling in Nepal», indianexpress.com 17.2.2009

# vorwärts- die Waffe für den Klassenkampf



**bewaffne dich mit einem Abo.**

ausschneiden und einsenden an  
vorwärts, Postfach 2469, 8026 Zürich  
oder elektronisch [www.vorwaerts.ch](http://www.vorwaerts.ch)

Jahresabo für CHF 160.-       Nichtverdienende für CHF 110.-  
 Halbjahresabo für CHF 85.-       Probeabo: 6 Nummern für CHF 10.-

Name/Vorname: \_\_\_\_\_

Strasse/Nr. \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

**Buchhandlung am Helvetiaplatz**

Stauffacherstrasse 60  
 8026 Zürich 4  
 Telefon 01 241 42 32  
 Telefax 01 291 07 25  
[www.helvetiabuch.ch](http://www.helvetiabuch.ch)

---

**Politik** | Von >Adorno bis >Zapata

**TAXI - Magazin für Soziales und Kultur**

[www.strassenmagazin.ch.vu](http://www.strassenmagazin.ch.vu)

**Offen für Texte und Infos....**

Wir brauchen immer VerkäuferInnen.  
Pro verkauftem Heft verdienst Du CHF 2.50  
**Job-Telefon 078 742 28 67**

kommunismus lesen. aufbau abonnieren.

jahresabo 30 fr.  
förderabos 50, 100 fr. oder nach Wahl



[info@aufbau.org](mailto:info@aufbau.org) oder [www.aufbau.org](http://www.aufbau.org)



**LoRa 97.5 MHz**

**Sonntag**  
18 bis 20 Uhr

**Die nächsten Daten:**  
3.5.2009  
24.5.2009  
21.6.2009

**Wiederholungen**  
jeweils  
donnerstags  
10 bis 12 Uhr

Kritik und Anregungen an:  
Rote Welle, Postfach 8663, 8036 Zürich



## Der neue Webauftritt der jungen Welt. Die ganze Zeitung im Internet.

**www.jungewelt.de**

**Mehr Nachrichten, mehr Analyse, mehr Information.**

Die *junge Welt* ist eine überregionale, von Parteien und Organisationen unabhängige linke Tageszeitung. Jeden Tag finden Sie in ihr mindestens zwei aktuelle Interviews, eine tagesaktuelle Schwerpunktseite, fünf Seiten Politik, zwei Thema-Seiten, ein junges Feuilleton sowie »kapital & arbeit« auf Seite 9. An drei Tagen ist eine halbe Seite für unsere Leserinnen und Leser reserviert. Die täglichen Kommentare, die Wochenendbeilage »faulheit & arbeit« und die jeweils wöchentlich erscheinenden Seiten »Feminismus« und »Antifa« sind in Art und Inhalt einmalig. Hauptaufgabe der Zeitung: Bestehende Verhältnisse ungeschminkt beschreiben, analysieren, kritisieren. Der Marxismus ist dazu ein wichtiges Instrument.



H.R. Breitenmoser  
Landenbergstrasse 10  
CH-8037 Zürich

Tel. 044 272 17 10  
Fax 044 271 77 26  
[adag@adagzebra.ch](mailto:adag@adagzebra.ch)

Briefschaften • Plakate • Flyer • Postkarten • etc.

**MERKE!**

**Steckt den Tiger in den Tank ....**

Sie stürmen mit martialischer Ausrüstung und kampfschreiend durch die noch dunkle Wohnung auf einem zu, halten die mit Taschenlampe bestückte Mündung ihrer Waffen vor den Kopf und verlangen nervös-aggressiv, dass man vor ihnen «z'bodä» geht. Der Blick in die Waffenmündung erinnert in diesem Augenblick an diverse schlechte Filme, die kurze Antwort: «Sicher nicht, ich ziehe jetzt zuerst mal meine Hosen an!» nimmt ihnen jeglichen Wind aus den Segeln und lässt sie frustriert abziehen! Diese Tiger sind nur die Vorhut, die den Weg diverser Abteilungen der Bundeskriminalpolizei (BKP), Staatsschutz mit besonderen Aufgaben, Nachrichtendiensten, Forschungsdiensten, Spurensicherer auch aus den Kantonen usw. den «Weg sichern»! Wenn die Tiger mal nicht in ihrer Kampfuniform auftreten, bedeutet das noch lange nicht, dass sie nicht in Zivil präsent sind. Der Instruktor auf dem Bild z.B. leitete den Einsatz ausserhalb der Wohnung, also dem Transport zum Verhör bei der Bundesanwaltschaft und der ED-Behandlung ...

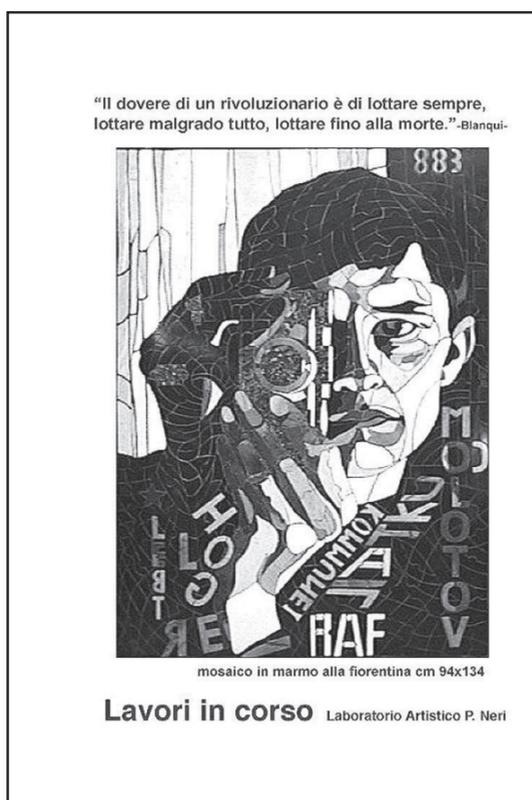
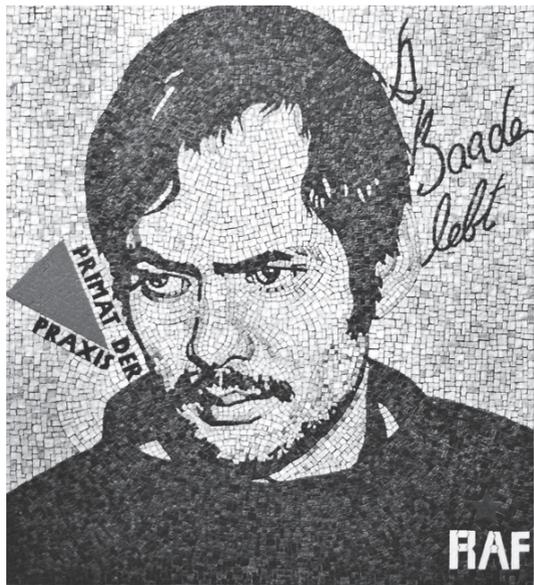


**Instruktor der TIGRIS, Einsatzgruppe der Bundeskriminalpolizei, die in Worb Laufen, im Kanton Bern, ein Trainingslager unterhält. Die Bilder sind einmalig und leider nicht von bester Qualität. Aber trotzdem sehr wichtig!**

# Zurückblicken, um die Zukunft neu zu gestalten

**PAOLO NERI 8 Mosaiken mit Portraits verstorbener Militanter geben Anlass, die Frage revolutionärer Erinnerungspolitik zu beleuchten. Oder warum produziert ein kommunistischer Revolutionär Mosaik, eine aus der Antike stammende Kunstform?**

(rabs) Paolo Neri, Künstler und Militanter mit einer Geschichte in den bewaffneten Kämpfen der 70er Jahre, hat Mosaiken von 8 politischen Gefangenen geschaffen, die die Haft in deutschen Gefängnissen nicht überlebt haben. Die Ausstellung, die für kurze Zeit in Zürich zu sehen ist, trägt den Titel «Perché il fuoco non muore» (Weshalb das Feuer nicht erlischt). Der Titel entstammt einem Gedicht, das der chilenische Lyriker Pablo Neruda anlässlich des Todes der Genossin Tina Modotti geschrieben hatte. Auch Paolo geht es darum, die Geschichte politischer Kämpfe nicht in Vergessenheit geraten zu lassen: «Ich mache es für die neuen Generationen, damit sie nicht vergessen werden, und um an den roten Faden der Revolution und des Widerstands anzuknüpfen». Auf den Mosaiken sind auf über 1 mal 1 Metern Grösse Gesichter zu sehen von: Holger Meins, Siegfried Hausner, Ulrike Meinhof, Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Jan-Carl Raspe, Ingrid Schubert und Sigurd Debus. Den Portraits sind revolutionäre Zitate



oder aufschlussreiche Bedeutungen von Wörtern beigefügt. So ist unter Ulrike Meinhofs Portrait zu lesen, dass der Begriff evocare, zu deutsch heraufbeschwören oder hervorrufen, unter anderem die Bedeutung hat, durch göttliche Macht oder auch Kunst, die Seele eines Verstorbenen ins Leben zurückzurufen.

## Umstrittene Erinnerung

Farblos werden, Verlieren, Verblässen – das sind neutrale Umschreibungen eines Vergessensprozesses, wie er im Falle einer Einzelperson ablaufen könnte. Anders sieht es im Fall von kollektivem Erinnern aus: Schon die Antike wusste, dass Erinnerung bzw. Vergessen eine politisch bedeutsame Sache ist. Vergessen bedeutet dabei nicht simples aus den Augen Verlieren, sondern ist ein aktiver Prozess, der die Erinnerung an politisch Unliebsames bewusst auslöscht. Nur jene werden ins Licht gehoben, die in der Erinnerung eines Kollektivs weiterleben sollen. So ist Rom voller Denkmäler für Kaiser und Imperatoren, die Suche nach öffentlichen Spuren von Sklav-Innen bleibt, wenig erstaunlich, ergebnislos. Sterbliche Körper werden gegen unsterbliche Namen eingetauscht, und das ist ein Privileg, das nur in politisch opportunen Fällen verliehen wird. Für die Masse gibt es das Ewigkeitsversprechen in Form eines Denkmals vor allem dann, wenn im Dienste der Herrschaft gestorben wird: Mit Denkmälern von unbekanntem Soldaten und Soldatenfriedhöfen wird auch heute gerne Heldengedenken und nationale Erinnerungspolitik inszeniert. Wo hingegen Strassen oder Schulen nach AntifaschistInnen benannt worden sind, ist dies nicht das Ergebnis von Herrschaftspolitik, sondern eines von zähen Klassenkämpfen. Ausserdem nur eine Art Zwischenstand, der auch wieder rückgängig gemacht werden kann, wie die Auseinandersetzungen um Gedenkstätten aus der DDR zeigen. Hier kann die herrschende Klasse nicht präventiv Geschichte für sich schreiben und setzt darum umso grössere Energien in die Auslöschung der Erinnerung an den Versuch eines deutschen sozialistischen Staates: Denkmäler und Namen von antifaschistischen WiderstandskämpferInnen als Namen von Schulen, Kindergärten, Strassen und Plätzen sollen schnellstmöglich wieder verschwinden.

## Erinnerung an die RAF

Dass die Geschichte der RAF unter solchen Bedingungen in der BRD eine Geschichte der Verfälschung, der Zensur und Ermordung ist, liegt auf der Hand und wird in Talkshows mit abgründig tiefem Niveau immer wieder vor Augen geführt. Wer aber soll dann die Geschichte der RAF schreiben, wer die Erinnerung an sie forttragen? Die österreichische Band Schmetterlinge stellte in ihrer Proletenpassion schon 1977 diese Frage und gab die folgende Antwort: wir. Zu diesem «wir», das angesichts von Repression und Abschwörung kein einfaches ist, leisten Paolo Neri's Mosaiken einen Beitrag. Aus der Antike stammend sind Mosaiken darauf angelegt, die Zeit zu überdauern und sich gleichzeitig mit der Frage nach möglichen Formen des Erinnerns auseinanderzusetzen. Auf den Einwand, ob Mosaiken oder Statuen nicht Erinnerungsformen herrschender Kultur seien, antwortet Paolo mit einem Vergleich aus der Sprache: Es gibt viele Arten zu sprechen und vom Widerstand werde nach Grammatik und Satzbau in der gleichen Sprache erzählt, die auch Päpsten, Königen und Imperatoren huldigte. Oder in den Worten Mao Tse-tungs: «Wir lehnen es auch nicht ab, die literarischen und künstlerischen Formen vergangener Epochen zu benutzen, aber in unseren Händen werden diese alten Formen - umgestaltet und mit neuem Inhalt erfüllt - zu etwas Revolutionärem im Dienste des Volkes». Das Material gehört nicht der herrschenden Klasse bzw. muss mit eigenen Inhalten gefüllt werden. So wagt man

## puzzle:

Rätsel *enigma, indovinello* - Geduldsspiel *giuoco di pazienza* - kniffliges Problem *problema scabroso* - Verwirrung *confusione* - verwirren *confondere, aggrovigliare* - Kopferbrechen machen *fare rompicapo*



mosaico in marmo alla fiorentina

## evocare - heraufbeschwören:

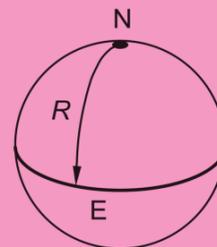
... (dal Latino *evocare, chiamare fuori*) richiamare in vita per potestà divina o per arte magica gli spiriti, le anime dei morti. Richiamare in vita, metaforicamente per prestigio dell'arte: «Me ad evocar gli eroi chiaman le Muse» (U. Foscolo). M.E. è ripreso l'abuso alla francese nelle locuzioni: evocare il passato, le memorie, per ricordare il passato, richiamare le memorie, i ricordi...

Anteprima dal Laboratorio artistico P. Neri

es denn, von revolutionären Denkmälern zu sprechen, die im Gegensatz zur herrschenden Kultur aber nichts in Zement giessen und auf alle Zeiten stabilisieren wollen, sondern in die Zukunft weisen. Dass im Kampf für eine gerechte Zukunft immer wieder widerständige und mutige Menschen ihr Leben riskierten, versucht Paolo sowohl in Form als auch in Inhalt festzuhalten. Aus «widerständigem Material: Steine, Granit und Marmor» sind schwergewichtige Arbeiten entstanden, deren «Form noch nicht ausreicht, um das Gewicht des Inhalts wiederzugeben». Ein Inhalt, der als Kunstwerk Widerstandes auseinanderzusetzen. In diesem Sinn: «Holger, der Kampf geht weiter» (Rudi Dutschke). Zur Not verwenden wir auch Erinnerung als Wurfgeschoss.

## ABAKUS

(kur) Im letzten Abakus ging es um ein geometrisches Problem. Was wir wissen: Die Erde ist eine Kugel und wir stehen auf deren Oberfläche. Also: Zeichne einen Kreis, dessen Umfang das Vierfache des Radius ist. Die Lösung ist auf den ersten Blick nicht so einfach zu erkennen. Nähme man ein gewöhnliches Blatt Papier, dann gilt für den Umfang  $U$  eines jeden der gezeichneten Kreise  $U = 2\pi \cdot R$ , wobei  $R$  für den Radius des Kreises steht. Mit  $\pi \approx 3,141$  beträgt das Verhältnis demnach  $U/R \approx 6,283$  und sicher nicht 4, wie in der Aufgabenstellung gefordert wird. Das Zeichnen des Kreises, muss aber nicht zwangsläufig auf einem ebenen Blatt Papier erfolgen; wir könnten den Zirkel auch auf einer entsprechend gewölbten Kugeloberfläche ansetzen.



Stecken wir den Zirkel in den Nordpol  $N$  ein und zeichnen damit den Äquatorkreis  $E$ , dann beträgt der Radius  $R$ , wenn wir ihn auf der Kugeloberfläche abmessen, genau ein Viertel des Umfangs eines Grosskreises auf der Kugel. Demnach gilt in diesem Fall  $U/R = 4$ .

Wissen ist Macht, doch Schätzen ist schlauer. Selbst wenn man nichts weiss, kommt man mit Schätzen erstaunlich

weit, und zwar lediglich durch das Befolgen einiger schlaun Strategien: (1) Fehlt einem die Kenntnis der genauen Zahlenwerte, schätzt man einfach zwei realistische Erfahrungswerte ab und nimmt den Durchschnitt; (2) Rechne nach Möglichkeit mit (geometrisch plausiblen) Verhältnissen. Also: Wie weit kann ein Auto fahren, bis vom Gummireifen genau eine Schicht von der Dicke eines «Gummimoleküls» abgefahren ist? Die Dicke des «Gummimoleküls» betrage – natürlich geschätzt! – einen halben Nanometer.

**Verkaufsstellen Schweiz:** Kasama, Militärstrasse 87a, 8004 Zürich / Aufbau-Vertrieb, Kanonengasse 35, 8004 Zürich / Chornladen, Fierzgasse 16, 8005 Zürich / Atropa Buchhandlung, Kirchplatz 2, 8400 Winterthur / Buchhandlung am Helvetiaplatz, Stauffacherstrasse 60, 8026 Zürich 4 / Hirschmatt-Buchhandlung, Hirschmattstrasse 26, 6003 Luzern / Infoladen Romp, Steinstrasse 17, 6000 Luzern / Café Kabul, Rickenbachstrasse 56, 6430 Schwyz / Buchhandlung Comedia, Katharinengasse 20, 9004 St.Gallen / Buchhandlung Waser, Feldbergstrasse 30, 4057 Basel / Buchhandlung Waser, Rümelinsplatz 17, 4001 Basel / Aufbau-Vertrieb, Bläsiring 86, 4007 Basel.

**Verkaufsstellen Deutschland:** Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 29357 Hamburg / Infoladen Stuttgart, Ludwigstr. 110a, 70197 Stuttgart / Buchladen Le Sabot, Breite Str. 76, 53111 Bonn / Infobüro, c/o Bücherkiste, Schlehengasse 6, 90402 Nürnberg / Buchladen Georgi Dimitroff, Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt / Basis Buchhandlung, Adalbertstr. 41-43, 80799 München / Buchladen M99, Manteuffelstr. 99, 10999 Berlin / Jos Fritz Buchhandlung, Wilhelmstr. 15, 79098 Freiburg / Buchhandlung O21, Oranienstr. 21, 10999 Berlin.